



# Wortprotokoll

über die 11. Sitzung der

## Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 28. Januar 2015

(öffentlich)

**Oberbürgermeister**

Reiter

**2. Bürgermeister**

Schmid

**3. Bürgermeisterin**

Strobl

**bfm. Stadtratsmitglieder**

siehe Anwesenheitsliste

**ea. Stadtratsmitglieder**

siehe Anwesenheitsliste

**ferner**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
der Verwaltung

**Protokoll**

Bock, Niedermayer, Henn, Maier, Frei,  
Zürner

## **Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 28.01.2015**

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Schmid

3. Bürgermeisterin Strobl

### **Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:**

#### **CSU:**

StR Dr. Babor

StRin Burkhardt

StRin Caim

StR Dr. Dietrich

StRin Frank

StRin Grimm

StRin Kainz

StR Kuffer

StRin Dr. Menges

StR Offman

StRin Dr. Olhausen

StRin Pfeiler

StR Podiuk

StR Pretzl

StR Quaas

StR Sauerer

StR Schall

StR Schlagbauer

StR T. Schmid

StR Schmidbauer

StR Seidl

StR Stadler

StR Straßer  
StR Dr. Theiss  
StR Zöller

**SPD:**

StRin Abele  
StRin Amlong  
StRin Bentele  
StRin Boesser  
StRin Burger  
StRin Dietl  
StRin Hübner  
StR Kaplan  
StR Lischka  
StRin Messinger  
StR Dr. Mittermaier  
StR Müller  
StR Naz  
StR Reissl  
StRin Rieke  
StR Röver  
StR Rupp  
StR H. Schmid  
StRin Schönfeld-Knor  
StRin Dr. Söllner-Schaar  
StRin Volk  
StR Vorländer  
StRin Zurek

## **Bündnis 90/**

### **Die Grünen/Rosa Liste:**

StR Bickelbacher  
StR Danner  
StRin Demirel  
StRin Dietrich  
StRin Habenschaden  
StRin Hanusch  
StRin Koller  
StR Krause  
StRin Krieger  
StR Monatzeder  
StRin Nallinger  
StR Niederbühl (RL)  
StR Dr. Roth  
StR Utz

## **Freiheitsrechte, Transparenz,**

### **Bürgerbeteiligung:**

StR Dr. Heubisch (FDP)  
StR Dr. Mattar (FDP)  
StRin Neff (FDP)  
StR Ranft (Piraten)  
StR Zeilinhofer-Rath (HUT)

## **Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/**

### **BAYERNPARTEI:**

StR Altmann (FW)  
StRin Sabathil (FW)  
StR Dr. Assal (SPD)  
StR Progl (BP)

**DIE LINKE.:**

StR Oraner

StRin Wolf

**ÖDP:**

StRin Haider

StR Ruff

**AfD:**

StR Schmude

**Bürgerinitiative**

**Ausländerstopp (BIA):**

StR Richter

## **Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:**

Bfm. StR	Dr. Blume-Beyerle
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StR	Dr. Küppers
Bfm. StR	Lorenz
Bfm. StR	Markwardt
Bfm. StRin	Meier
StBRin Prof.	Dr. (I) Merk
StSchR	Schweppe
StK	Dr. Wolowicz

## Inhaltsverzeichnis

<u>Wahl der Leitung des Referates für Gesundheit und Umwelt</u> .....	11
<u>OBM Reiter</u> .....	11
<u>StRin Demirel</u> .....	11
<u>StR Altmann</u> .....	12
<u>OBM Reiter</u> .....	12
<u>StR Dr. Mattar</u> .....	12
<u>StR Reissl</u> .....	13
<u>OBM Reiter</u> .....	13
<u>38. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags</u> <u>vom 09. bis 11. Juni 2015 in Dresden</u> .....	14
<u>Energiekommission - Benennung externer Sachverständiger</u> .....	14
<u>2. Standortbeschluss für Einrichtungen zur Unterbringung</u> <u>von Flüchtlingen und Wohnungslosen</u> .....	15
<u>OBM Reiter</u> .....	15
<u>Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss</u> <u>- Abberufung von zwei stimmberechtigten Mitgliedern</u> <u>- Wahl von zwei stimmberechtigten Mitgliedern</u> .....	15
<u>Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss</u> <u>- Abberufung von einem stimmberechtigten Mitglied</u> <u>- Abberufung von drei stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedern</u> <u>- Wahl von einem stimmberechtigten Mitglied</u> <u>- Bestellung von drei stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedern</u> .....	16
<u>Prüfungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses</u> .....	16
<u>Einstellungszeitraum für Live-Stream-Aufzeichnungen</u> <u>der Stadtratsvollversammlungen</u> .....	17
<u>StR Altmann</u> .....	17
<u>Neuerlass einer Erhaltungssatzung im Bereich der</u> <u>Maxvorstadt</u> .....	18
<u>Bauvorhaben Deisenhofener Straße/Herzogstandstraße</u> .....	18

<u>Ergebnisse und Folgeprozess der Mitarbeiterbefragung</u>	
<u>„Great Place to Work“</u>	
Weiteres Vorgehen.....	19
StRin Wolf:.....	19
<u>Gemeinschaftsveranstaltungen Great Place to Work</u>	
- die Stadt als gute Arbeitgeberin II.....	19
StRin Wolf:.....	19
OBM Reiter:.....	20
Mehr Geld für städtische Pflegekräfte!.....	21
StRin Dietrich:.....	21
OBM Reiter:.....	21
Luftreinhalteplan München.....	22
BM Schmid:.....	22
StR Dr. Roth:.....	22
OBM Reiter:.....	22
StR Pretzl:.....	22
BM Schmid:.....	22
Bfm. StR Lorenz:.....	23
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	23
<u>Erweiterung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung:</u>	
Stadträtinnen und Stadträte vor Rechtsunsicherheiten schützen.....	24
StRin Wolf:.....	24
StR Dr. Roth: .....	25
StR Reissl: .....	26
StR Dr. Mattar: .....	27
StR Dr. Roth:.....	28
StR Dr. Dietrich: .....	28
StRin Wolf: .....	29
OBM Reiter: .....	29
BM Schmid: .....	29
<u>Errichtung von vier Grundschulen in modularer</u>	
Bauweise an den nachstehenden Standorten.....	30
StR Utz: .....	30
StSchR Schweppe: .....	30
StRin Burkhardt: .....	31

BMin Strobl: .....	31
<u>2. Standortbeschluss für Einrichtungen zur</u>	
<u>Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen.....</u>	<u>32</u>
Bfm. StRin Meier: .....	32
Herr Mögele: .....	35
OBM Reiter: .....	37
BMin Strobl: .....	37
StR Straßer: .....	37
BMin Strobl: .....	39
StRin Demirel: .....	40
StR Sauerer: .....	42
BMin Strobl:.....	45
StR Reissl:.....	45
StR Altmann:.....	46
BMin Strobl:.....	48
StR Schmude:.....	48
BMin Strobl:.....	49
StR Sauerer:.....	50
StR Schmude:.....	50
BMin Strobl:.....	50
StRin Wolf:.....	51
StRin Demirel:.....	51
StR Reissl:.....	51
StR Richter:.....	53
OBM Reiter: .....	55
StR Richter: .....	55
Bfm. StRin Meier: .....	55
StSchR Schweppe: .....	58
BMin Strobl: .....	59
StR Straßer: .....	60
<u>Erbbaurecht</u>	
<u>1. Stadtbezirk Altstadt-Lehel</u>	
<u>Angemessene Sanierung in der Müllerstraße.....</u>	<u>61</u>
OBM Reiter: .....	61
StRin Demirel: .....	61
StR Dr. Mattar: .....	63
StRin Zurek: .....	65
StRin Wolf: .....	66

<u>StR Schmude: .....</u>	<u>67</u>
<u>StR Podiuk:.....</u>	<u>67</u>
<u>OBM Reiter:.....</u>	<u>68</u>
<u>Bfm. StR Markwardt:.....</u>	<u>69</u>
<u>OBM Reiter:.....</u>	<u>70</u>
<u>OBM Reiter: .....</u>	<u>70</u>

## Öffentliche Sitzung

**Beginn:** 09:14 Uhr

**Vorsitz:** OBM Reiter

### Wahl der Leitung des Referates für Gesundheit und Umwelt

Aktensammlung Seite 1291

#### OBM Reiter:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, eine Bitte und einen Antrag zu stellen. Ich habe heute früh mit meiner Fraktion und der CSU-Fraktion gesprochen. Von unserer Seite aus gibt es zur Wahl der Leitung des Referats für Gesundheit und Umwelt deutliche Fragen, die in der Kürze der Zeit nicht geklärt werden konnten. Ich glaube, ich muss das nicht näher erläutern. Deswegen schlage ich vor, dass wir die Wahl heute nicht durchführen, sondern sie auf den 04.03.2015 vertagen. - (Beifall) - Beim nächsten Plenum ist ohne befürchteten Verzug die Wahl eines Nachfolgers des Kollegen Lorenz möglich. Ich bitte Sie, dem Vertagungsantrag zuzustimmen.

#### **Beschluss:**

vertagt in die Vollversammlung am 04.03.2015

#### Erklärungen zur Abstimmung:

##### StRin Demirel:

- (Unruhe, Zwischenrufe) - Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Zwischenrufe nehme ich mit Verwunderung wahr. Es irritiert mich, denn es ist eigentlich unser gutes Recht, dass wir zur Abstimmung auch die demokratische Möglichkeit haben, zu begründen, warum wir so abgestimmt haben, wie wir abgestimmt haben. Ich mache es ganz kurz: Ich wollte nur sagen, wir

haben den Vertagungswunsch des Oberbürgermeisters mitgetragen, weil es zum guten Stil in diesem Haus gehört. Eine Vertagung beinhaltet indirekt immer, dass man Aufklärung herbeiführen und die Vorwürfe, die im Raum stehen, nachprüfen will. Wir sind der festen Meinung, dass es hier weder einen Beratungs- noch einen Nachprüfungsbedarf gibt. Das wollte ich feststellen. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eine Nachfrage. Zu der Vertagung ist alles klar. Diese Fragen muss man natürlich noch erörtern und abklären. Ich hätte nur gerne gewusst, in welchem Kreis, mit welchem Prozedere das gemacht wird. Werden alle mit eingebunden, oder ist das nur eine Abklärung zwischen den beiden großen Fraktionen? Wird ein Runder Tisch eingerichtet bzw. gibt es ein Treffen bei Ihnen, zu dem Vertreter der einzelnen Fraktionen dazukommen dürfen, um das insgesamt klarstellen zu können? Oder sollen wir alle einzeln Nachfragen stellen? Das wollte ich wissen. - (Unruhe) - Wenn es nicht gemeinsam geht, müssen wir es einzeln in den Fraktionen machen.

OBM Reiter:

Die Frage ist berechtigt. Ich kann sie gleich beantworten. Ich denke, wir haben Fragen, die wir zu klären versuchen. Das macht man mit dem Kandidaten oder auf sonstige Art und Weise. Wir werden Mittel und Wege finden, uns mit dem Kandidaten auseinanderzusetzen. Ich gehe davon aus, das können anderen Fraktionen und andere Stadtratsmitglieder auch. Es gibt aber keine weitere oder erneute Vorstellungsrunde. Insofern besteht diese Befassung in dieser Form nicht.

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, wenn Sie den Antrag nicht gestellt hätten, hätten wir ihn gestellt. - (Zwischenrufe) - Deswegen begrüßen wir es sehr. Ich bin aber der Meinung, dass es guter Stil wäre, wenn die politische Mehrheit in diesem Hause auch das Interesse hätte, über ihre Mehrheit hinaus Zustimmung für einen Kandidaten zu finden. Das würde bedeuten, dass man in der Tat noch einmal eine Vorstellungsrunde durchführt. Diese Fragen, die jetzt aufgetaucht sind, waren in der Bewerbung nicht hinterlegt. Sonst hätte man dort natürlich schon Fragen stellen können. Wir würden es für normal halten, dass wir als Gemeinschaft, als Stadtrat, diese Befragung durchführen, und nicht jeder für sich. Das fände ich einen ganz merkwürdigen Stil, der bisher in diesem Hause noch nie praktiziert worden ist. Beziehungsweise wurde es in früheren Zeiten so gehandhabt. Aber es wurde auch immer kritisiert, dass hinter verschlossenen Türen politische Mehrheiten tagen. Es sollte ja ein neuer Stil ins Rathaus einziehen. Deshalb wäre es völlig logisch, zu sagen: Der Stadt-

rat insgesamt hat die Möglichkeit, diese doch sehr entscheidenden Nachfragen, die jetzt auftaucht sind, was radikale Abtreibungsgegnerschaft und Islamfeindlichkeit anbelangt, in den zuständigen Gremien vorzunehmen. Das wäre hier der gemeinsame Gesundheits- und Umweltausschuss. - (Beifall der Fraktion Freiheitsrechte - Transparenz - Bürgerbeteiligung)

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, was der Kollege Dr. Mattar sich darunter vorstellt. Die Wahl eines berufsmäßigen Stadtrats ist in der Gemeindeordnung abschließend geregelt. Für die Willensbildung ist jede Gruppe, jede Fraktion oder jede Einzelperson selbst verantwortlich. Es wäre einem jeden Einzelnen von uns vollkommen unbenommen gewesen, sich rechtzeitig vor der Vorstellungsrunde mit den einzelnen Personen zu beschäftigen, um solche Dinge zu entdecken. - (Unruhe, Zwischenrufe) - Daraus leite ich keine Notwendigkeit der Wiederholung dieser Vorstellungsrunde ab. Bleiben wir bitte dabei, dass es ein ganz übliches Geschäft eines Gemeinderats einer bayerischen Gemeinde ist, im Rat einen berufsmäßigen Stadtrat zu bestimmen. Wie jeder von uns zu seiner Willensbildung kommt, ist in der Verantwortung des Einzelnen und soll dort auch bleiben.

OBM Reiter:

Jetzt haben wir wirklich genug Erklärungen zur Abstimmung gehört. - (Zuruf von StRin Demirel) - Mit viel gutem Willen waren das alles Erklärungen zur Abstimmung. Klar ist, Sie haben einstimmig eine Vertagung auf den 04.03. beschlossen. - (Zwischenrufe) - Das Prozedere können wir von mir aus intern noch besprechen. Das ist überhaupt keine Frage. Es bleibt der Grundtenor, dass jeder, der verantwortlich eine Stimme abgibt, sich durchaus selbst ein Bild machen kann, soll und muss. Deswegen ist er auch selbst dafür verantwortlich, wie er zu diesem Erkenntnisgewinn kommen kann. - (StRin Sabathil: Ich möchte Herrn Reissl antworten!) - Nein! Herr Altmann hat schon zur Vertagung gesprochen. Ich denke, das sollte wirklich ausreichend sein. - (Zurufe) - Wir können das vielleicht tatsächlich noch einmal im Ältestenrat behandeln, aber das müssen wir nicht jetzt besprechen.

**38. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags  
vom 09. bis 11. Juni 2015 in Dresden**

Aktensammlung Seite 1291b

**Beschluss:**

nach Antrag

**Energiekommission - Benennung externer Sachverständiger  
Antrag Nr. 5316 der Stadtratsmitglieder Dr. Kronawitter, Offman,  
Pretzl vom 11.04.2014**

Aktensammlung Seite 1295

**Beschluss:**

nach Antrag

**2. Standortbeschluss für Einrichtungen zur Unterbringung  
von Flüchtlingen und Wohnungslosen  
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 1299

OBM Reiter:

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Bezirksausschussvorsitzende Mögele Rederecht beantragt. Ich gehe davon aus, dass wir ihm das wie immer zuerkennen werden.

**Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss  
- Abberufung von zwei stimmberechtigten Mitgliedern  
- Wahl von zwei stimmberechtigten Mitgliedern**

Aktensammlung Seite 1301

**Beschluss:**

nach Antrag

**Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

- Abberufung von einem stimmberechtigten Mitglied
- Abberufung von drei stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedern
- Wahl von einem stimmberechtigten Mitglied
- Bestellung von drei stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedern

Aktensammlung Seite 1303

**Beschluss:**

nach Antrag

**Prüfungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses**

- Bekanntgabe -

Aktensammlung Seite 1305

**Beschluss:**

bekannt gegeben

**Einstellungszeitraum für Live-Stream-Aufzeichnungen  
der Stadtratsvollversammlungen**

**Antrag Nr. 5253 der Stadtratsmitglieder Bickelbacher,  
Demirel, Dr. Roth und Dr. Vogel vom 13.03.2014**

Aktensammlung Seite 1309

**Beschluss** (gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und der  
Fraktion Freiheitsrechte - Transparenz - Bürgerbeteiligung):

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Altmann:

Ich sage hier noch einmal, was ich im Ausschuss erklärt habe: Wir haben mitgestimmt, weil von-  
seiten der Verwaltung die Erklärung abgegeben wurde, dass der Aufzeichnungszeitraum beim  
Haushalt drei Monate beträgt, damit man das besser nachvollziehen kann. Wir haben gesagt, es  
ist für uns sehr wichtig, dass man gerade Haushaltsreden drei Monate nachverfolgen kann. Des-  
wegen haben wir dem Ganzen dann auch zugestimmt.

**Neuerlass einer Erhaltungssatzung im Bereich der  
Maxvorstadt  
BA-Antrag Nr. 428 des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt  
vom 07.10.2014**

Aktensammlung Seite 1319

**Beschluss** (gegen die Stimmen von FDP und AfD):

nach Antrag

**Bauvorhaben Deisenhofener Straße/Herzogstandstraße**

Aktensammlung Seite 1331

**Beschluss** (gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und der  
Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz - Bürgerbeteiligung):

nach Antrag

## **Ergebnisse und Folgeprozess der Mitarbeiterbefragung**

**„Great Place to Work“**

### **Weiteres Vorgehen**

Aktensammlung Seite 1335

#### **Beschluss:**

nach Antrag

#### Erklärung zur Abstimmung:

##### StRin Wolf:

Ich verweise auf die Diskussion im Ausschuss.

## **Gemeinschaftsveranstaltungen Great Place to Work**

**- die Stadt als gute Arbeitgeberin II**

**Antrag Nr. 447 der Stadtratsmitglieder Messinger,**

**Hübner, Bentele, Kaplan und Vorländer vom**

**14.11.2014**

Aktensammlung Seite 1337

##### StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, bei diesem Punkt geht es darum, dass die Stadt, freigiebig wie sie ist, bei Gemeinschaftsveranstaltungen künftig drei Stunden Arbeitszeit anrechnen lassen will. Unser Änderungsantrag im Ausschuss war natürlich großzügiger: Wir wollen vier Stunden pro Betriebsausflug, mit der Möglichkeit, das auch einmal zusammenzulegen, so dass alle zwei Jahre ein vernünft-

tiger gemeinsamer Betriebsausflug an einem ganzen Tag möglich ist. Wir sind der Ansicht, dass das, was die Stadtspitze hier vorschlägt, zu „knickert“ ist - auf schwäbisch gesagt. Danke.

OBM Reiter:

Es ist natürlich nicht „knickert“, wenn eine Regelung, die jahrelang anders aussah - nämlich dass das auf Freizeit gelaufen ist -, geändert wird, indem man das zur Arbeitszeit macht. Ich sage das Gleiche, was ich im Ausschuss gesagt habe: Liebe Frau Wolf, bei Ihrer Regelung könnte man weitergedacht auch sagen: Lassen wir ein paar Jahre zusammenkommen und gehen dann miteinander in Rente! - (Teilweise Heiterkeit) - Aber ich glaube, so weit sind Sie mit Ihrer Idee nicht gegangen. - (Zuruf von StRin Wolf) - Das ist ein sensationeller Vorschlag. Trotzdem wird er ohne Mehrheit bleiben.

Der Änderungsantrag von DIE LINKE. wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP und DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**Mehr Geld für städtische Pflegekräfte!**

**Antrag Nr. 158 von Bündnis 90/Die Grünen/RL  
vom 31.07.2014**

Aktensammlung Seite 1341

StRin Dietrich:

Ich stelle denselben Änderungsantrag wie im Ausschuss.

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten im letzten Ausschuss beantragt, dass die Beihilferechtsrelevanz geprüft wird, weil wir der Meinung sind, dass das in der Vorlage nicht wirklich geschehen ist. Sie soll geprüft und dem Stadtrat berichtet werden. Danke.

OBM Reiter:

Ich will nicht die Ausschlussdiskussion wiederholen, sondern nur die Gegenmeinung der Ausschussmehrheit zum Besten geben, dass das in der Vorlage sehr wohl geprüft wurde.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

## **Luftreinhalteplan München**

Aktensammlung Seite 1343

### BM Schmid:

Ich möchte eine Vertagung ins nächste Plenum beantragen. Die Begründung ist, dass gestern ein weiteres Abstimmungsgespräch der Bayerischen Staatsministerin für Umwelt mit dem Umweltreferenten und mir stattgefunden hat. Dabei wurden vom Bayerischen Staatsministerium bzw. der Regierung von Oberbayern Vorschläge gemacht, die wir weiter prüfen müssen. - (Zuruf von StR Dr. Mattar) - Ja, wir können es natürlich gerne zur Vorberatung im nächsten Ausschuss behandeln.

### StR Dr. Roth:

Wir hoffen, dass sich die Stadt München dann der Regierung von Oberbayern anschließt!

### OBM Reiter:

Herr Dr. Roth, das wissen wir. Die Hoffnung darf bestehen bleiben.

### StR Pretzl:

Der nächste Umweltausschuss ist am Dienstag. Reicht das zeitlich? - (Zwischenrufe)

### BM Schmid:

Ich bin mir nicht wirklich sicher. Herr Lorenz müsste das noch einmal ausführen, wenn er dezidiert der Meinung ist, dass eine Vertagung in den übernächsten Ausschuss zu Problemen führt. Es war bisher schon so, dass eigentlich noch engere Fristen bestanden haben, die Thematik aber aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen der Stadtratsmehrheit und der Regierung von Oberbayern etwas verschoben wurde. Ich weiß nicht, ob der Umweltreferent von der Frist her zwingende Gründe sieht. Ich meine, dass es auch im übernächsten Umweltausschuss noch gehen müsste. Im Hinblick auf die Klage der Deutschen Umwelthilfe ist klar, dass wir im Gespräch sind. Ich habe es gestern so verstanden, dass diese Tatsache zunächst einmal ausreicht, um weiter Zeit zu gewinnen, auch vor dem Hintergrund des rechtskräftigen Urteils. Herr Lorenz, wenn es also noch zwingende Gründe gibt, würde ich Sie bitten, diese vorzutragen. Ich meine, dass eine Behandlung im übernächsten Umweltausschuss reichen würde.

**Bfm. StR Lorenz:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, soweit ich gestern das sehr gute Gespräch mit der Ministerin und ihren Beamtinnen und Beamten verstanden habe, geht es dem Ministerium darum, dass man auch bei einem möglichen Vollstreckungsantrag der Deutschen Umwelthilfe dokumentiert, dass noch Änderungen im Gespräch sind. Ich würde heute gerne die entsprechende Beamtin im Ministerium noch einmal anrufen. Ich denke, dass wir vermitteln können, dass der nächste Umweltausschuss zu knapp ist, denn wir haben gestern noch nicht alle Formulierungen ausdiskutieren können. Ich würde mich dafür starkmachen, dass wir das im übernächsten Umweltausschuss ausführlich behandeln können und dann in das darauf folgende Plenum gehen. Ich denke, das können wir dem Ministerium vermitteln.

**Beschluss:**

**vertagt** in den Umweltausschuss am 10.03.2015

**Bestätigung von Ausschussbeschlüssen**

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu TOP B 1, 4 - 6, 8 - 12, 14, 17 und 22 - 25 (Aktensammlung Seite 1307 - 1352) werden **einstimmig bestätigt**.

Die Bekanntgabe zu TOP B 3 (Aktensammlung Seite 1311) wird **zur Kenntnis genommen**.

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

**Erweiterung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung:  
Stadträtinnen und Stadträte vor Rechtsunsicherheiten schützen  
Antrag Nr. 454 von StRin Wolf und StR Oraner vom 17.11.2014**

Aktensammlung Seite 1293

StRin Wolf:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Thematik, mit der wir uns heute beschäftigen, hat uns eine Änderung des Strafrechts eingebracht - nämlich dass der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung vom Bundestag erweitert wurde, und zwar schon im letzten Jahr. Das ist zum 01. September in Kraft getreten und bedeutet, dass das Thema Abgeordnetenbestechung auch in verstärktem Maße auf die kommunale Ebene durchgreifen wird, mehr als wir es bisher gewohnt waren. Über den Städtetag kamen große Bedenken, man müsse hier jetzt aktiv werden, man müsse sich neue Regelungen geben usw. Im Fortgang der Dinge ist es aber so, dass das alles auf eine sehr lange Bank geschoben wird.

Ich möchte dazu aus einem Schreiben des Staatsministeriums des Innern zitieren:

*„Wir schlagen daher vor, zunächst die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Parlamentsverwaltungen abzuwarten.“*

Das heißt, die Länderparlamente sollen sich auf etwas einigen, wobei in absehbarer Zeit in den Ländern ununterbrochen neu gewählt wird.

*„Das Landtagsamt wird uns insoweit auf dem Laufenden halten. Im Anschluss daran würden wir ggf. weitere Schritte gerne in einer Besprechung mit Ihnen abstimmen.“*

Ich interpretiere das Beamtendeutsch mittlerweile wie folgt: Das kann sehr lange dauern. Das Strafrecht ist aber geändert; das heißt, es gilt. Ich vermute, wenn nicht von uns oder von der politischen Ebene aktiv etwas getan wird, werden es irgendwann die Gerichte „ausinterpretieren“.

Unser Vorschlag von der Linken war, dass wir uns mit diesem Problem als Stadt beschäftigen, als Stadträtinnen und Stadträte, aber auch als Bezirksausschuss-Mitglieder, für die das - glaube ich - auch greift. Das weiß ich aber nicht genau. Einstweilen, bis hier allgemeine Regularien erarbeitet wurden - auf welcher Ebene auch immer -, sollten wir uns den Regularien unserer städtischen berufsmäßigen Stadträte unterwerfen, weil diese auf jeden Fall rechtssicher sind. Das ist in der Vorlage auch ausgeführt. Sie sind vielleicht „überscharf“ und wären in dieser Schärfe für uns gar nicht nötig, aber sie sind auf jeden Fall rechtlich zulässig.

Der Oberbürgermeister meint nun in der Vorlage, man müsse oder könne einfach abwarten - da wäre nichts verloren -, bis die Länderverwaltungen, die Länderparlamente sich auf irgendetwas einigen. Wenn Sie das so beschließen, bin ich gespannt, ob wir in dieser Amtsperiode, in den nächsten fünf Jahren, noch einmal etwas davon hören werden. Das weiß ich nicht, das werden wir sehen. Wir von der Linken möchten die Vorlage, so wie sie jetzt ist, ablehnen, weil uns das zu lange dauert.

Die Kollegen von den Grünen haben einen Änderungsantrag eingebracht, der noch einmal auf ihren früheren Vorschlag eines Ehrenkodexes eingeht, den wir uns selbst geben. Herr Kollege Dr. Roth, das können wir jederzeit tun. Aber wir sollten es nicht erst dann machen, wenn wir das Ergebnis der länderübergreifenden Verhandlungen haben, denn das wird nach meiner Einschätzung sehr lange dauern. Ihr Vorschlag liest sich im Moment so, als würde man das erst im Nachgang machen. Deswegen möchte ich den Antrag nicht unterstützen. Dankeschön!

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben, wie Frau Wolf schon erwähnt hat, einen Änderungsantrag eingebracht. Uns geht es um Folgendes: In der Vorlage steht, dass die Rechtsabteilung oder das Direktorium noch nicht abschließend sagen kann, ob so ein Ehrenkodex - oder wie wir es genannt haben: „Ehrenordnung“ - hier positive Rechtsfolgen haben könnte. Wir haben das schon lange gefordert und denken, dass es in diesem Kontext - wie auch in der Vorlage angedeutet - noch einmal geprüft werden sollte. Übrigens fordert auch der Gesamtpersonalrat der Stadt München dies für ehrenamtliche Stadträte. Darum ist es uns wichtig, das in die Prüfung aufzunehmen.

Wir sind natürlich auch daran interessiert, dass das nicht ewig geschoben wird. Wir hätten aber ein Problem mit dem Vorschlag der Linken, ad hoc eine Regelung zu übernehmen, die für eine ganz andere Situation als für die ehrenamtlicher Stadträte geschaffen ist. Darum könnten wir das nicht

mittragen, würden aber darum bitten, bei der Prüfung das Thema Ehrenkodex/Ehrenordnung mit aufzunehmen. Diese fordern wir, wie gesagt, schon lange in Einklang mit dem Gesamtpersonalrat. Dankeschön! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Reissl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesem „Wiedergänger“ nicht zustimmen. Ich weiß nicht, ob wir die Debatte immer wieder führen sollen. Wir können es natürlich machen. Wenn es einen Straftatbestand gibt, gibt es einen Straftatbestand. Wenn es einen neuen Straftatbestand gibt, gibt es einen neuen Straftatbestand. Das gilt für jeden und ist vollkommen unabhängig von einem Ehrenkodex. Es kommt vielleicht auf die Schwere der Straftat an. Wenn man z. B. so viel zu schnell fährt, dass es zur Straftat wird, würde man vielleicht noch nicht sein Amt aufgeben. Aber es gibt viele Straftatbestände, die automatisch dazu führen würden, dass man sein Amt hier zur Verfügung stellt - es sei denn, man ist ein vollkommen skrupelloser Mensch. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ein solch vollkommen skrupelloser Mensch würde sich auch von einem Ehrenkodex nicht zu einer anderen Verhaltensweise anleiten lassen!

Mich wundert immer Folgendes: Ich kenne keine andere Berufsgruppe, die sich unter diesen Selbstverdacht stellt, dass sie eigentlich dazu neigt, unehrenhaft, korrupt und was weiß ich alles zu sein, und sich deswegen einen eigenen Ehrenkodex gibt. Ich weiß überhaupt nicht, was einen dazu treibt! Ich weiß auch nicht, warum Sie annehmen, dass die Mitglieder des Stadtrats der Landeshauptstadt München ein solches Richtwerk eines Ehrenkodexes brauchen. Gibt es denn irgendeinen konkreten Anlass aus den letzten zehn Jahren, der vermuten lässt, dass wir deutlich stärker zu Korruption, zu unehrenhaften Verhaltensweisen neigen als irgendeine andere Berufsgruppe in dieser Stadt? Ich habe dazu keinen Anlass.

Jetzt noch einmal zu der Forderung des Gesamtpersonalrats: Das wird immer mit dem Hinweis darauf begründet, dass es bei der Stadt Regelungen zur Annahme von Geschenken gibt. Das haben wir schon einmal ausführlich diskutiert. Man kann es natürlich immer wieder vergessen, verneinen oder nicht weiter berücksichtigen. Diese Regelungen zur Annahme von Geschenken sind keine Einschränkung, sondern sie öffnen ein generelles Verbot der Annahme von Geschenken in einem angemessenen Rahmen.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass die Stellung von ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträten mit der Stellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung derart vergleichbar ist, dass wir uns ein ähnliches Regelwerk geben. Bisher gab es eine Mehrheit im Stadtrat der

Landeshauptstadt München, die einen solchen Ehrenkodex nicht haben will. Nicht, weil sie Angst davor hätte, sondern, weil sie es nicht für erforderlich hält. Diese Stadträte wissen, dass jemand, der sich unehrenhaft verhält oder straffällig wird, in unserer Mitte ohnehin nicht geduldet werden würde. Das gilt, ohne dass ich es auf ein Blatt Papier schreibe. Diese feste Überzeugung teile ich bis heute. Deswegen halte ich es für überflüssig, die Verwaltung mit solchen Fragen zu befassen.  
- (Beifall der SPD)

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren, werter Kollege Reiss! Wir haben uns im Stadtrat mehrfach damit beschäftigt, aber nun das erste Mal in diesem neuen Stadtrat. Wir wiederholen also nichts, denn dieser Stadtrat hat sich mit diesem Thema noch gar nicht befasst. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt: Unternehmen haben seit Jahrzehnten selbstverständlich solch vergleichbare Selbstverpflichtungen vorgenommen. Nur unter einem anderen Namen wie Code of Conduct. Schon Ende der 80er Jahre war das in amerikanischen Unternehmen Stand der Diskussion und entsprach dem Bild eines modernen Unternehmens.

Von daher ist es nicht völlig einmalig, dass nur kommunale Gremien oder Politiker für sich in Anspruch nehmen, hier eine besondere Regelung zu treffen. Es ist ganz normal, dass sich die Mitglieder eines Gremiums auf bestimmte Dinge einigen. Das hat auch nichts mit Straffälligkeit zu tun. Die Straffälligkeit ist durch Gesetze geregelt. Es geht darum, bestimmte Dinge zu regeln, die aus Sicht der Öffentlichkeit in einem Graubereich sind und dazu eine klare Haltung zu formulieren. Deswegen unterstützen wir den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste und finden ihn auch richtig.

Frau Kollegin Wolf, die Übertragung der Beamten-Bestimmung den ehrenamtlichen Stadtrat haben wir schon einmal diskutiert. Es passt einfach nicht. Deswegen ist es nicht sinnvoll, dies hier zu fordern. Zu Ihrer Befürchtung, dass es am St.-Nimmerleinstag stattfindet, kann ich Sie beruhigen. Diese Länderministerkonferenzen leiden nicht unter der Diskontinuität wie ein Parlament. Deswegen werden wir Berichte bekommen. Als Stadtrat würde ich es für sehr gut halten, dass wir spätestens in einem Jahr einen Bericht bekommen von der Verwaltung über den Stand der Dinge im Städtetag und in der Länderarbeitsgruppe. Damit werden wir das Thema nicht aus den Augen verlieren.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich kurzfassen und nicht auf eine Polemik einsteigen. Ich will nur sagen, es gibt eine neue Rechtslage. In der Vorlage ist das Thema Ehrenkodex angesprochen, man sollte es vor dem Licht der Rechtslage nochmals diskutieren. Das wurde jetzt mit relativ polemischen Spitzen abgelehnt.

Deswegen nenne ich jetzt unsere Haltung dazu, inhaltlich und argumentativ. Erstens: Herr Reissl sagt, wir brauchen keine Regeln, weil wir sowieso anständig sind. Das ist die Quintessenz. - (Unruhe im Raum - Zwischenruf von StRin Dr. Menges: Das stimmt nicht! - Zwischenruf von StR Reissl: Ich habe nicht gesagt, wir brauchen keine Regeln. Hören Sie genau zu!)

Ich habe genau zugehört. Sie haben gesagt, es gibt keinen Anlass für Regelungen, weil wir uns sowieso daran halten. Wenn wir diesem Argument folgen, bräuchten wir gar nichts regeln, weder mit Gesetzen, noch mit einem Ehrenkodex, noch mit freiwilligen Selbstverpflichtungen. Wir nehmen an, dass wir sowieso anständig sind. Sie behaupten: Das habe ich nicht gesagt, ich habe nur gesagt, es gebe juristische Regeln. Unsere Argumentation war, dass die juristischen Regeln bis zur Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung sehr sanft waren. Es waren Regelungen, die nur den Stimmenkauf für strafbar erklärt haben, jede andere Beeinflussung aber für legal erklärt haben. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat eine Verschärfung dieses Straftatbestandes gefordert.

Sie haben damals im Stadtrat gesagt, es müsse nicht verschärft werden. Für eine Regelung, die selbst die SPD für zu locker hielt, wollten Sie sich nicht einmal eine Selbstverpflichtung auferlegen.

Zweitens: Ich stimme Herrn Dr. Mattar zu. Man muss sagen, was legal oder illegal ist. Das Andere ist, ob wir als Politiker mit einer besonderen Verantwortung sagen, wir machen über das hinaus, was rechtlich verboten ist, eine Selbstverpflichtung. Denn nicht alles, was legal ist, ist legitim. Darum geht es uns. Deswegen waren wir immer für einen Ehrenkodex. Jetzt wollen wir keine Grundsatzdebatte mehr führen, aber Sie sind hier nochmals eingestiegen. Wir wollen nur prüfen, ob die neue Rechtslage eine andere Bewertung hergibt, ob es sinnvoll wäre, das in einer Selbstverpflichtung zu formulieren. Vielen Dank! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Dr. Dietrich:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind dagegen, heute nochmals eine Debatte über den Ehrenkodex zu führen. Wir sollten abwarten, was die länderübergreifende Arbeitsgruppe

ergibt und welche Auswirkungen die entsprechenden Regelungen haben, die wir hier treffen. Durch die Neufassung des Straftatbestandes können solche Regelungen durchaus auch Einfluss auf eine mögliche Strafbarkeit haben. Das kann, muss aber nicht sein. Es ist ein Bundesgesetz, diese Frage müssen wir als Kommune nicht alleine entscheiden. Deswegen ist es heute eine Debatte zur Unzeit. Wir sollten eine bundes- oder bayernweit einheitliche Regelung abwarten und keine Scheindebatte führen über das, was wir im Münchner Stadtrat nicht entscheiden können.  
- (Beifall der CSU)

StRin Wolf:

Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Anregung von Herrn Kollegen Dr. Mattar aufgreifen, der in einem Jahr einen Zwischenbericht über den Stand der Dinge haben möchte. Wenn man in den Antrag des Referenten folgenden Satz einfügen könnte - „*Spätestens in einem Jahr wird ein Zwischenbericht vorgelegt*“-, würde ich mich für heute zufriedengeben.

OBM Reiter:

Das sage ich gerne zu. In spätestens einem Jahr werden wir über den Fortgang in einer Vorlage berichten. Das geht so zu Protokoll.

BM Schmid:

Mit dieser klaren Erklärung reicht es, wenn es im Protokoll so steht. Der Antrag des Referenten bleibt unverändert.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion, der ÖDP, der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz, Bürgerbeteiligung und DIE LINKE. **abgelehnt.**

Der Referentenantrag wird **einstimmig beschlossen.**

- OBM Reiter übernimmt den Vorsitz. -

**Errichtung von vier Grundschulen in modularer  
Bauweise an den nachstehenden Standorten  
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 1297

StR Utz:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Ausschuss schon bemängelt, dass vier neue Grundschulen gebaut werden, die unserer Ansicht nach nicht den inklusiven Gedanken Rechnung tragen. Uns wurde damals erläutert, dass diese Schulplanungen für den Beschluss „Freiham all inclusive?!“ und für den Aktionsplan 2013 schon zu weit fortgeschritten seien.

Es ist die Diskussion entstanden, ob diese Schulen vielleicht nicht doch den inklusiven Voraussetzungen entsprechen. Wir sind der Meinung: Nicht wirklich! Wir haben die Pläne noch einmal gesehen und bitten um Ihre Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Wir fordern, dass die Mittagsbetreuung zur inklusiven Schule herangezogen wird. Als zweiten Punkt fordern wir, dass ab jetzt keine neuen Schulen geplant werden, bevor das neue Raumkonzept verabschiedet ist. Über dieses Konzept können wir uns künftig verständigen, was wir für einen inklusiven Unterricht brauchen. Das ist der zweite Punkt, zu dem wir Sie um Zustimmung bitten. Ich gebe noch einen Hinweis zum Ausschuss. Dort hatten wir auch einen Änderungsantrag zu bautechnischen Fragen. Diesen Änderungsantrag ziehen wir zurück, da im persönlichen Gespräch die Fragen beantwortet werden konnten. Vielen Dank an das Baureferat.

Wir bitten Sie, unseren Änderungsantrag zu unterstützen. Uns ist sehr wichtig, dass wir über keine neuen Schulen entscheiden, bevor das Raumkonzept verabschiedet ist. Wir bauen Schulen für die nächsten 25 oder 30 Jahre und wir sollten uns darüber im Klaren sein, welche räumlichen Anforderungen die Schulen künftig haben müssen. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StSchR Schweppe:

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Die Räumlichkeiten der vier Schulen, die wir konzipiert haben, beruhen auf einem Beschluss des Stadtrates aus dem Jahr 2012. Darin soll das Lernhauskonzept Anwendung finden. Dieses Konzept ist ein integratives Raumkonzept, das vom

Grunde her schon verschiedenste differenzierte Unterrichtsmethoden ermöglicht. Es ist im Grunde genommen integrativ und inklusiv angelegt. In diesen Räumlichkeiten ist es möglich, individuell zu fördern und in Groß- oder Kleingruppen zu arbeiten. Wir sind schon auf dem Weg und Freihand ist nichts Anderes, wir haben nur eine kleine Ergänzung vorgenommen. Die Phase der Errichtung der Gebäude ist schon sehr weit. Wir können uns aber vorstellen, dass wir die Dinge, die Herr Utz jetzt ergänzend vorgetragen hat, noch einbringen können.

Wir haben im Fachraumbereich noch Räumlichkeiten, die differenziert genutzt werden könnten für Ergotherapie, Physiotherapie, Logopädie oder für besondere Förderungsmöglichkeiten. Wir könnten uns vorstellen, diese Räumlichkeiten so auszustatten. Deswegen übernehme ich diese Ergänzung sehr gern. Das Grundkonzept ist schon inklusiv, hier ist eine sinnvolle Ergänzung beantragt worden. In Kürze werden wir auch die Raumstandards einbringen für weitere Schulgebäude in München. In diesem Zusammenhang werden wir Inklusion auch bedenken.

StRin Burkhardt:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zu Ihren Ausführungen, Herr Schweppe: Es ging jetzt um die Mittagsbetreuung, das müsste von den Raumbedingungen machbar sein. Im März werden wir dieses Raumprogramm vorgelegt bekommen. Ich würde vorschlagen, dass wir diesen Punkt in den Schulausschuss mit übernehmen und wenn wir dieses Thema behandeln, ist es inhaltlich dabei. Jetzt schon Vorverlegungen zu machen, ist Unfug. Wenn wir insgesamt über einzelne Module diskutieren, sollten wir diesen Punkt herausnehmen und in die Vorlage Raumprogramm des Schulausschusses mit aufnehmen. Das schlage ich hiermit vor. Es heißt im Änderungsantrag „Bei allen weiteren Beschlüssen ...“. Diese weiteren Beschlüsse fassen wir erst im Schulausschuss, wenn es um das Raumprogramm geht. Das wäre doch sinnvoll, oder?

BMin Strobl:

Der Änderungsantrag ist relativ allgemein formuliert, „...welches an die Bedürfnisse der Inklusion angepasst wurde...“. Wir sind uns einig, dass wir Inklusion wollen und die Details - Kollegin Burkhardt hat recht - werden wir im Schulausschuss diskutieren. Es ist sehr allgemein ohne Festlegungen formuliert. Ich denke, wir können es heute so beschließen. Die Diskussion findet natürlich im Schulausschuss statt. Das wäre mein Vorschlag.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird vom Referenten **übernommen.**

Der somit modifizierte Referentenantrag wird **einstimmig beschlossen.**

## **2. Standortbeschluss für Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 1299

Bfm. StRin Meier:

Wir wollen Ihnen einen Überblick über die Zahlen verschaffen, damit Sie frühzeitig sehen, wo wir einen dringenden Handlungsbedarf haben.

Zu den Zahlen des Königsteiner Schlüssels: Die Meldungen des Bundesamtes für Migration (BAMF) bedeuten für 2015: 200.000 zu erwartende Erstanträge, Verteilung auf Bayern 15,5 % (31.000 Erstanträge), auf den Bezirk Oberbayern 33,9 % (10.000 Erstanträge) und heruntergerechnet auf die Landeshauptstadt München 3.351 Erstanträge. Wir gehen davon aus, dass dies ein niedrig gerechnetes Szenario ist. Deswegen hat das Staatsministerium aus den Erfahrungen des letzten Jahres vorsorglich den Landkreisen aufgetragen, einen Puffer mitzudenken. Das würde für München ungefähr 3.600 Zuweisungen bedeuten.

Sie wissen, dass München ein Erstaufnahmeeinrichtungsstandort (EAE) ist. Die Bayernkaserne mit den Dependancen ist ein „atmendes Konstrukt“, bei dem Plätze dazukommen und Plätze wegfallen. In Riem beispielsweise sind im September 3.000 Plätze schnell geschaffen worden. Sie werden auch wieder wegfallen. Auch die Notaufnahmeeinrichtungen, die wir im letzten Jahr schnell geschaffen haben, fallen wieder weg. Ebenso wird die Bayernkaserne Mitte 2017 wegfallen.

Zur aktuellen Platzsituation: In den Gemeinschaftsunterkünften befinden sich 800 Personen und 3.045 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). Es ist ein tägliches Mühen, miteinander zu verhandeln, welche UMF auf den Königsteiner Schlüssel angerechnet werden und welche nicht. Der aktuelle Stand liegt bei 3.045, allerdings befinden sich mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in München. Sie werden nicht mehr angerechnet, weil sie aus der Jugendhilfe rausgefallen sind und in der Verselbstständigung sind. In den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es 2.500 Erstaufnahmeplätze und 6.350 Plätze insgesamt. Die Plätze, die 2015 an den Start gehen, sind die Standorte, die Sie bereits beschlossen haben, z. B. Neumarkter Straße oder Truderinger Straße. Dazu kommen die neuen Standorte Zschokkestraße, Emma-Ihrer-Straße und Riemer Straße. Der Standort Nailastraße wird sich verzögern, denn es gibt erste rechtliche Konflikte. Die

Heinrich-Wieland-Straße ist in der Vorlage mit Ende 2015 aufgeführt. Es ist aber unklar, ob es zu einer Einigung zwischen dem Planungsreferat und den Stadtwerken kommen wird. Wir haben Folgendes vereinbart: Eine Flüchtlingsunterkunft soll nicht die Planung und Bebauung dieses Grundstückes verhindern. Es ist aber unklar, ob man in drei oder fünf Jahren soweit ist. Deswegen wurde vereinbart: Die Stadtwerke werden beauftragt, dort Container aufzustellen, weil wir im Sommer eine große Not haben werden. Wenn es schneller geht, könnten die Container umgestellt werden, einer Bebauung würde damit nichts im Weg stehen.

Zu den Aufnahmeeinrichtungen: Sie sehen, warum wir von 850 bis 1.000 Plätzen sprechen. Es laufen immer wieder Standorte aus. Zum Teil haben wir schon Ersatzstandorte für die Bayernkaserne, z. B. die McGraw-Kaserne oder die Lotte-Branz-Straße.

Ich gebe Ihnen noch einen Überblick über die Betreiber- und Eigentumsmodelle. Es gibt Betreibermodelle, bei denen der Träger sagt, er wolle eine Unterkunft für Wohnungslose und Flüchtlinge oder für unbegleitete Minderjährige eröffnen. Planungsrechtlich geht das seinen Weg und die Finanzierung ist in einem zweiten Schritt zu klären. Ich versuche, Ihnen das am Beispiel von Wohnungslosen zu erklären: Ein privater Bauträger in der Kastelburgstraße schafft dort Baurecht und bietet das Objekt dem Sozialreferat an. Er hat ein Recht auf dieses Baurecht. Wir einigen uns mit ihm, dass wir ihm entsprechende Plätze abnehmen werden, wenn er dort Baurecht schafft. Ähnlich ist es mit einem freien Träger der Wohlfahrtspflege. Ein anderes Modell wäre, die Landeshauptstadt München plant selbst. Das sind die Objekte, die wir Ihnen immer wieder anbieten.

Die Landeshauptstadt München ist Eigentümerin der Fläche und damit auch Bauherrin. Sie steht damit unter einer anderen Einflussnahme des Stadtrates als die anderen Objekte, bei denen Baurecht geschaffen wird. Die Anbieter kommen auf uns zu und fragen: Wollt Ihr dieses Objekt haben. Entweder wir nutzen es oder der Anbieter nutzt es als Arbeiterwohnheim oder Pension und betreibt es nicht mit den Kundinnen und Kunden des Sozialreferates.

Bei den Flüchtlingen gibt es ähnliche Modelle. Hier gibt es als Player noch den Freistaat, der zum Beispiel eigene Grundstücke wie die Emma-Ihrer-Straße bringt.

Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bringe ich nur das Beispiel Kistlerhofstraße. Dort hat der Träger Condrops mit dem Eigentümer verhandelt, das Gebäude umgebaut und dort 60 Plätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geschaffen. Diese Plätze werden über Entgelt

abgerechnet. Ob diese Plätze in der Innenstadt oder in der Kistlerhofstraße sind, hängt davon ab, welche Objekte der jeweilige Träger bekommt.

Wir werden immer wieder gefragt, wie wir zur Entscheidung für die Projekte kommen. Wir haben eine Projektmanagementliste mit derzeit 260 Objekten. Diese Standorte werden uns über den Stadtrat, über die Bezirksausschüsse oder über Privatpersonen gemeldet und gehen in unterschiedliche Stufen des Checks.

- Zu dem genauen Verfahren legt die Sozialreferentin eine Präsentation vor. -

Bei diesem Vorcheck wird die Verfügbarkeit oder die Eigentumsfrage des Grundstücks geprüft. Wir bekommen oft gewerbliche Grundstücke gemeldet, die gut ausschauen, aber der Eigentümer weiß nicht, dass das Grundstück gemeldet wurde. Wir fragen im Anschluss den Eigentümer, ob er daran Interesse hat. Es gibt mehrere Möglichkeiten. Der Eigentümer bekommt Dollarzeichen und wir müssen verhandeln, der Eigentümer lehnt ab oder der Eigentümer geht auf unsere Ideen und Forderungen ein. Manche Eigentümer sehen darin die Chance, Objekte zu versilbern, die eigentlich ungeeignet sind.

Im nächsten Check werden die soziale Verträglichkeit, die Umsetzung, die Machbarkeit und vor allem die Nutzungskonflikte wie Wohnen, Schule oder die Verträglichkeit mit den Anwohnern geprüft. Danach geht es in den vertieften Check, in dem die baurechtliche Zulässigkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Vertragsvorbereitungen geprüft werden. Erst danach wird das Objekt auf „Grün“ geschaltet. Es kann aber auch sein, dass wegen der hohen Zugangszahlen ein eher ungeeignetes Objekt auf „Grün“ geschaltet wird.

Aktuell ist der Zugang niedrig, er wird sich ab Mai anders entwickeln. Ab Mai werden mehr Flüchtlinge kommen als Plätze vorhanden sind. Ab Juni/Juli werden wir ein Delta von 1.000 Plätzen haben. Das bedeutet für den Stab, dass in den nächsten Monaten das Delta von 1.000 Plätzen geschlossen werden muss.

Jeder Standort, der heute nicht beschlossen wird, tut uns in den nächsten Monaten weh. Denn diese Plätze müssen innerhalb von kürzester Zeit wieder ersetzt werden. Im Wohnungslosenbereich sieht es etwas besser aus. Die syrischen Flüchtlinge werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in erster Priorität geprüft und anerkannt. Damit können sie als „Fehlbeleger“ nicht mehr in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben. Sie sind damit in der Zuständigkeit der Woh-

nungslosenhilfe der Landeshauptstadt München. Wir haben jetzt die ersten Fehlbeleger in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Das ist für uns ein ganz neues Phänomen.

Hier noch einmal die Übersicht. Jetzt bin ich fertig und freue mich auf die Ausführungen von Herrn Kollegen Mögele. Danke! - (Beifall)

Herr Mögele:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Erstes vielen Dank, dass ich hier bei Ihnen reden kann. Beginnen möchte ich aber sofort mit einer Aussage, damit ich auf keinen Fall Beifall von der falschen Seite bekomme: Der Bezirksausschuss und ich persönlich möchten vorab klarstellen, dass der Bezirksausschuss keinesfalls gegen Unterkünfte für Flüchtlinge in seinem Stadtbezirk ist. Das sollte die Grundidee bei diesem ganzen Thema sein.

Jetzt kommt natürlich ein „Aber“, wie das eben in ganz München so ist: *Aber* leider hat Laim keine Flächen mehr. Das Grundstück des ehemaligen Straßenbahndepots an der Westend-/Zschokkesstraße ist seit ca. acht Jahren frei. In meinem Bericht in der Bürgerversammlung am 25.10.2005 habe ich bereits mit Unterstützung der Verwaltung ausgeführt, dass dort Kindertagesstätten errichtet werden sollen. Dazu hat es damals auch schon einen schönen Plan gegeben, den ich in den letzten Tagen wieder hervorgeholt habe. Das alles passiert - *leider!* Von dem ganzen Konzept, das hier dargestellt wird, und das uns immer als große „Karotte“ hingehalten wird, nämlich eine Kooperationseinrichtung mit drei Kindergärten und vier Kinderkrippen zur Deckung von ursächlichem Umgebungsbedarf - davon ist *leider* kein Stück bisher realisiert.

Der Bezirksausschuss möchte nochmals klarstellen, dass er keinesfalls gegen die Unterkunft ist. Es ist aber festzustellen, dass das Gelände Zschokke-/Westendstraße das einzige städtische Gelände in Laim ist, auf dem die dringend benötigten Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht werden können. Seit Jahren sind dort vier Kinderkrippen- und sechs Kindergartengruppen eingeplant, seit Neuestem auch eine Grundschule. Es ist schlicht unmöglich, den Laimer Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass in der Beschlussvorlage nur noch der Bau der Grundschule erwähnt wird. Von den seit Jahren fest eingeplanten und dringend benötigten Kinderbetreuungseinrichtungen ist jedoch mit keinem Wort mehr die Rede.

Besonders schlimm ist die Zeitschiene. Aus der Vorlage habe ich entnommen, dass der Betrieb dieser Flüchtlingsunterkünfte am 01.11.2015 starten soll. Jetzt habe ich gerade mit Interesse in der Folie gelesen, dass es der 01.12.2015 sein soll. Und wenn ich davon ausgehe, dass das fünf Jah-

re in Betrieb bleiben sollte, dann ist wohl die Absiedelung dieser Gebäude frühestens 2020 oder 2021 möglich. Deshalb unsere Forderung: Fünf Jahre sind für unsere Abläufe in diesem Bereich zu lang, vier Jahre müssten ausreichen.

Ich will hier nicht klagen, aber ich will klarstellen, dass für uns Laimer der gesamte Planungszusammenhang um dieses Grundstück nicht klar ist. Seit Jahren liegt es brach und seit Jahren redet man darüber. Jetzt soll man sagen, wo es hingehet, und was man will. Wenn ich in den letzten Tagen in der Zeitung wieder gelesen habe, dass die Stadtwerke auf dem Gelände in großem Umfang Wohnungsbau planen, dann ist das, glaube ich, richtig. Insgesamt ist aber zu fragen: Wie passen diese Zeitschienen zusammen? Wir können uns das nicht vorstellen.

In einer Sondersitzung haben wir im BA 25 das Thema behandelt. Ich möchte Ihnen kurz unsere Vorstellungen erläutern:

1. Der temporären Unterbringung von Flüchtlingen wird zugestimmt.
2. Während dieser Zeit - höchstens vier Jahre! - muss auf dem Gelände parallel die Schaffung von Betreuungsplätzen für Klein- und Schulkinder umgesetzt sein.  
Seit Jahren sind dort laut Informationsblatt des Referates für Bildung und Sport zur Bürgerversammlung im November 2014 vier Krippen mit 144 Plätzen und sechs Kindergartengruppen mit 300 Plätzen fest eingeplant, um die schon lange bestehende Unterversorgung mit Kinderbetreuungsplätzen im Stadtbezirk 25 zu lindern. Der Bezirksausschuss hat bereits 2013 mit bisher nicht beantwortetem Antrag Nr. 0814 B 04858 vom 04.06.2013 gefordert, auf diesem Gelände eine Einrichtung für Kinderbetreuung in Modulbauweise/Containerlösung zu schaffen.
3. Bis zur Auflösung des Busbetriebshofs Ende 2018 muss die Planung für diesen Bereich baureif vorliegen. Besonders zu berücksichtigen sind die Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schule sowie der Jugendspielplatz. Als Grundstein für eine gelungene Integration muss eine qualifizierte Betreuung der untergebrachten Flüchtlinge, vor allem der Kinder und Jugendlichen, sichergestellt werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, insbesondere auch mit dem Bezirksausschuss darüber zu diskutieren, wie dieses Dilemma gelöst werden kann. Wir sind *für* Flüchtlinge, wir sind aber auch *für* unsere Kinder in Laim. Ich bitte Sie, uns nicht alleine stehen zu lassen. Ich hoffe, Sie unterstützen uns mit Ihren Stimmen. Danke! - (Beifall)

OBM Reiter:

Dankeschön, Herr Kollege Mögele! Vielleicht direkt dazu die Bürgermeisterin mit einem Vorschlag und dann inhaltlich die Frau Meier.

BMin Strobl:

Lieber Herr Kollege Mögele, ich kann Ihnen nur Folgendes anbieten: Wir setzen uns gemeinsam mit dem RBS, dem Sozialreferat, der SWM GmbH und mit dem Bezirksausschuss zusammen, um das Thema Kindertagesbetreuung zu klären. Es war immer klar, dass auf dem Standort Kindertagesbetreuung in großem Umfang eingerichtet werden soll. Es ist allen bekannt, dass die Situation in Laim, was das Thema freie Flächen anbelangt, nicht gerade einfach ist.

Die Frage ist jetzt: Beißen sich die Planungen in irgendeiner Form - und wie können wir die Schaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen noch beschleunigen? Dass das geplant ist, ist keine Frage. Zu klären ist, ob es irgendwelche Überschneidungen in den zeitlichen Abläufen gibt. Ich kann Ihnen anbieten, dass wir uns auch noch einmal zusammensetzen mit der Verwaltung, um das alles zu klären und in eine gute Reihenfolge zu bringen. Ich glaube auch, dass es möglich ist, *alle* Interessen zu verbinden. Das müssen wir schaffen, und das ist das Angebot. Wir werden einen Termin finden.

StR Straßer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist schon alles gesagt. Der Bezirksausschussvorsitzende von Laim, Herr Mögele, hat alle Punkte vorgetragen, die in dieser Sondersitzung genannt wurden. Die Argumente drängen sich seit Jahren auf. Jetzt möchte ich Ihnen als Laimer Stadtrat noch die Bürgeransicht vermitteln:

Es gibt einen Konsensbeschluss von 2014, der von den Verhältnissen im Münchner Osten und allgemein von der Willkommenskultur ausgeht. Damals, vor ein paar Monaten, stand es damit in ganz München nicht zum Besten. Wir haben uns dann auf Anraten unseres Fraktionsvorsitzenden Gedanken gemacht. Die beiden großen Kooperationspartner haben gemeinsam folgenden hervorragenden Beschluss im Oktober 2014 gefasst: die Begrenzung auf 200, um die Willkommenskultur weiter zu befördern, und dabei unsere Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, die jetzt und in Zukunft dort wohnen. Nach dieser Abstimmung besteht dieser Konsens bis dato. Dieser Konsens wird heute aufgebrochen.

Frau Sozialreferentin - ich darf Sie daran erinnern, dass dieses Vorgehen ein halbes Jahr zurückliegt. Es ist auf großes Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern gestoßen. Erhebliche Irritationen waren die Folge - und natürlich war das Ergebnis schwierig für Sie, das verstehe ich. Wenn Sie aber heute neue Zahlen vorstellen, dann wäre es im Sinne der Transparenz, dass wir heute einen neuen Konsens suchen. Und dieser neue Konsens kann vielleicht sein, dass man an die Stadtränder gehen muss. Vielleicht steigen die Zahlen so, dass man die Unterbringung nicht mehr nach den Kriterien umsetzen kann, die wir im gemeinsamen Beschluss von 2014 festgelegt haben. Das wäre einfach wichtig.

Ich kann mich noch gut an die Sitzung des Bezirksausschusses Laim vor ungefähr sechs bis acht Wochen erinnern. Mit großer Betroffenheit wurde von allen Fraktionen dargestellt, dass es eben so schwierig ist für die Flüchtlinge. Herr Mögele, Sie können es bestätigen. Damals stand erstmals im Raum, dass überhaupt Flüchtlinge kommen. Nun soll dieser Busbetriebsbahnhof noch erweitert werden. Wir haben davon gesprochen, dass zusätzlich 32 Busse auf diesen Platz kommen werden. Ich habe einen Antrag gestellt, dies zu verhindern. Der Busbetrieb ist ja jetzt schon da und erst 2018 soll er nach Moosach abgesiedelt werden.

Damals hat man gesagt, dass man den Flüchtlingen das nicht zumuten kann. In allen Fraktionen wurde das gesagt. Die Busse rücken spät ein und die Busse rücken früh aus und erzeugen dabei viel Motorlärm. Dies ist den Anwohnern nicht zuzumuten. Er ist aber auch Flüchtlingen, die noch viel enger an dieser Lärmquelle dran sind, nicht zuzumuten. Das höre ich noch alles gut.

Jetzt sieht die Situation so aus: Die 32 neuen Busse sind natürlich auch nicht vom Tisch. Die Außenansicht ist so, wie Herr Mögele bestätigt, dass jahrelang darüber diskutiert wird, ob die Kinderbetreuungseinrichtungen kommen. Alle Bürger sind auf Kinderbetreuungseinrichtungen und auf Wohnen eingestellt. Jetzt sollen von heute auf morgen die Flüchtlinge kommen. Sie müssen ja so handeln. Die Bürger werden nicht mitgenommen.

In diesen Aussagen von Herrn Kollegen Mögele ist das Prinzip Hoffnung zum Ausdruck gekommen. Wir kämpfen jahrelang für diese Kinderbetreuungseinrichtung. Und wir sollten tunlichst dafür sorgen, dass das Prinzip Hoffnung von Pragmatismus getragen wird. Pragmatismus heißt für mich: Aus den Münchner Erfahrungen bleiben wir bei unserem erzielten Konsens von 200. Ich darf noch dazu sagen, dass in Sendling Westpark - wenn auch in einem anderen Stadtbezirk, aber nur 400 m weiter - auf dem Gelände der Landesgehörlosenschule auch diese Prüfung stattfindet. Auch dort kann man sich dem nicht ewig verschließen, aus welchen Gründen und wer auch immer. Die-

ser Standort wird natürlich auch belegt werden, ich gehe davon aus, mit 300 oder 400 Flüchtlingen. Das wird eine sehr schwierige Gemengelage, wenn 200 m Luftlinie dazwischen sind.

Ich sage bewusst, ich selbst bin für eine Willkommenskultur und darf das auch untermauern. Ich bin seit Jahren mit der Findelkind-Stiftung in Flüchtlingseinrichtungen unterwegs. Ich unterstütze vor allem junge Flüchtlinge mit erheblichen Geldmitteln. Mir ist daran gelegen, dass wir die Bürger mitnehmen, dass nicht - (Zwischenruf) - 200 oder 300 ...Es ist ja nicht die Zahl, man kann 500 draufsetzen - das Gelände ist groß -, man kann 1.000 draufsetzen. Die Grünen haben hier im Bezirksausschuss die Zahl 400 ins Spiel gebracht. Das darf ich so weitergeben an die Kolleginnen und Kollegen. Es braucht aber einen gewissen Pragmatismus, und die Willkommenskultur muss auch bei den Bürgern ankommen.

Darum plädiere ich dringend dafür, die Zahl 200 zu belassen und das Fass nicht aufzumachen. Wenn dem im Mai oder Juni so sein sollte, stellen Sie bitte dann ein neues Konzept vor und ... - (Zwischenrufe) - dann muss man das allgemein aufmachen. Man muss es auch transparent machen und die Bürgerschaft informieren. Ich bin jedenfalls als Laimer Stadtrat für die Flüchtlinge und für die Laimer Bürgerinnen und Bürger da. Das sind auch 50.000. Und für Transparenz bin ich auch. Ich möchte nicht das Wasser umleiten auf die Mühlen anderer, Sie wissen, welche Mühlen ich meine. Das ist das Problem.

Deswegen stelle ich heute den mündlichen Änderungsantrag, es bei 200 zu belassen. Ich werde auch dieser Vorlage nicht zustimmen. Danke!

- BMin Strobl übernimmt den Vorsitz. -

BMin Strobl:

Ich habe noch eine Frage an den BA-Vorsitzenden, wenn das gestattet ist. Soweit ich weiß, hat der BA einstimmig der Zahl 300 zugestimmt oder ist das eine falsche Information? - (Zuruf von Herrn Mögele: Wir haben dem zugestimmt, uns aber nicht auf eine Zahl festgelegt. Seien es 300, 330 oder sind es 250 ...).

StRin Demirel:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden der Vorlage zustimmen. Es gibt aber einige Aspekte, die wir gerne noch einmal zur Sprache bringen wollen:

Als die erste Standortvorlage beschlossen wurde, haben SPD und CSU den Änderungsantrag eingebracht, die Unterbringung auf 200 zu begrenzen. Der Kollege hat es vorhin angesprochen. Schon damals haben wir das nicht mitunterstützt, nicht, weil wir nicht wollten, dass wenig Menschen kleinräumig untergebracht werden. Es war immer, schon seit Jahren, unsere „grüne“ Forderung, dezentral unterzubringen. Wir müssen die Infrastruktur im Umfeld berücksichtigen und es muss eine kleinräumige Unterbringung stattfinden. Wir haben den Änderungsantrag nicht unterstützt, weil wir damals gesagt haben, es ist nicht realistisch. Es ist in Anbetracht der Situation in München, mit der Zahl von Flüchtlingen, die untergebracht werden müssen, nicht umsetzbar. Jeder einzelne von diesen Menschen muss ein Bett bekommen und ein Dach über dem Kopf haben. Uns stehen nur geringe Flächen zur Verfügung. Der Antrag hätte die Verwaltung in Zugzwang gebracht, das ist nicht umsetzbar.

Das ist in dieser Vorlage wieder erkennbar. Jeder Einzelne, der heute sagt, dass alles, was über 200 ist, zu viel ist, muss bitte eine Alternative vorweisen. Wenn diese Alternative gegeben ist, sind wir die Letzten, die das nicht mit unterstützen würden. Daher möchte ich das noch einmal in Erinnerung rufen.

In der aktuellen Vorlage geht es nicht nur um die Flüchtlinge. Das darf man nicht vergessen. Diese Vorlage ist keine „Flüchtlingsvorlage“. Es geht auch um Wohnungslose, für deren Unterbringung München zuständig ist.

Zu den Flüchtlingen:

Bei der Erstaufnahme, die jetzt in der Vorlage als Alternativstandort aufgezeigt ist, ist mir Folgendes aufgefallen: Wir haben immer wieder darüber geredet, dass natürlich die Laufzeit der Bayernkaserne begrenzt ist und Alternativen möglich sind. Wir hatten immer die Hoffnung, dass der Freistaat endlich eine solide und kontinuierliche Lösung findet, die eine menschenwürdige Erstaufnahme gewährleistet. Wir sehen aber jetzt in der Vorlage, dass wieder Improvisationen wie die McGraw-Kaserne, eine vorübergehende Lösung und ähnliche Adressen gefunden werden. Eine Ausnahme ist die Lotte-Branz-Straße, die ein längerfristiger Ersatz für die Bayernkaserne sein soll. Es wird niemanden wundern, wenn wir sagen, dass uns das nicht besonders glücklich macht.

Die Lotte-Branz-Straße ist eine im Euro-Industriegebiet liegende Adresse. Das heißt, wir haben kaum Infrastruktur und einen schlechten Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz. Man muss bedenken, dass dort auch Familien mit Kindern untergebracht werden. Wir finden, dass das keine besonders geeignete Adresse ist. Wir befürchten, dass es wieder eine langjährige Geschichte wird. Wir werden das dann auch immer wieder miteinander zum Thema machen.

Es wäre eigentlich jetzt *die* Chance gewesen. Denn München konnte dem Freistaat in den letzten sieben oder acht Monaten beweisen, dass es seine soziale Verantwortung für die Flüchtlinge sieht und ihr gerecht wird. Es hätte daher dem Freistaat auch gut angestanden, jetzt endlich einmal eine dauerhafte Adresse für eine menschenwürdige Erstaufnahme auszuweisen und ein solides Konzept vorzustellen. Das vermissen wir immer noch.

Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir diese Kritik auch immer wieder einbringen müssen, weil es eben um Menschen geht. Wir haben gesehen, welche Krisen das auslösen kann. Dann muss man bedenken, dass es um 600 Plätze geht. Wir hatten in der Bayernkaserne 1.600 Plätze, die aber überbelegt wurden. Wir mussten Notsituationen schaffen. Bei der Lotte-Branz-Straße geht es um 600 Plätze. Man berücksichtige das Umfeld und die Adresse. Diese 600 Plätze werden niemals ausreichen, und das soll die langfristige Lösung des Freistaats sein für die Erstaufnahme.

Ein anderer Punkt in der Vorlage hat bei uns Fragen aufgeworfen, nämlich die Zschokkestraße mit der Kinderbetreuung. Das hat uns auch beschäftigt. Es ist nachvollziehbar, dass dieser Stadtteil diese Betreuungsplätze braucht. Das muss gewährleistet werden. Daher haben wir die Diskussion „entweder - oder“ nie verstanden. Wir sind immer davon ausgegangen, dass parallel geplant wird, dass die Kinderbetreuung parallel zu der Flüchtlingsunterkunft entstehen wird. Ich hoffe, dass diese Information auch weiterhin verbindlich ist. Dazu kann bitte die Sozialreferentin noch kurz etwas sagen.

Der andere Aspekt, der uns beschäftigt, ist die Kastelburgstraße. Wir wissen, da ist eine Erweiterung geplant, in der Wohnungslose untergebracht werden sollen. Aus dem BA haben wir dazu auch Fragen bekommen. In dieser jetzigen Unterkunft leben sehr viele Familien mit Kindern. Der BA und auch einzelne Mitglieder haben dort viel ehrenamtliches Engagement im Sinne von Mediation geleistet. Da wurde „bunkkickgut“ eingeladen, für die Kinder und die Familien wurden viele Angebote entwickelt. Das hat sehr zur Befriedung im Umfeld beigetragen.

Jetzt kommt die Erweiterung und man hat Angst, dass dadurch der Spielplatz versetzt und verschattet wird. Die zweite Befürchtung ist, dass der öffentliche Platz von 600 m<sup>2</sup> auf 260 m<sup>2</sup> reduziert wird. Das ist wahnsinnig viel. Der Platz wird bisher von Familien mit Kindern und von den Bewohnerinnen und Bewohnern gemeinsam genutzt. Er ist ein kommunikativer Ort für die Betroffenen. Wir wissen, wie wichtig Kommunikation bei dem Thema ist.

Das ist meine Bitte und ich würde sie als mündlichen Änderungsantrag wie folgt stellen: Nachdem die Belegung Ende 2015 stattfinden soll, besprechen Sie mit dem BA gemeinsam die Planungen, versuchen Sie im Dialog, die Schwachstellen dieser Planung konstruktiv zu lösen und im Gespräch eine Lösung zu finden. Das wäre unser mündlicher Antrag. Dazu kann bitte die Referentin Stellung beziehen.

Natürlich bekommen wir zu der Vorlage Fragen von unseren BA-Kolleginnen und Kollegen. Daher stellen wir unseren Änderungsantrag, um den Fragen auch wirklich konstruktiv zu begegnen. Macht bitte eine Anwohnerinnen- und Anwohnerversammlung an den jeweiligen Standorten, damit rechtzeitig vor der Belegung und Eröffnung das Betreuungs- und Nutzungskonzept vorgestellt wird. Die Betroffenen vor Ort, die gutwillig sind, uns unterstützen und hinter dem Konzept stehen, müssen mit Informationen versorgt werden. Jeder Einzelne von ihnen ist auch eine Multiplikatorin für die Unterbringung.

Zum zweiten Aspekt unseres Änderungsantrags: Wir haben schon davon gesprochen, dass auch die Wohnungslosen in unsere Zuständigkeit fallen. Wir haben vor geraumer Zeit im Stadtrat einen Betreuungsschlüssel im Wohnungslosenbereich von 1 : 25 beschlossen, weil wir wissen, dass in dem Sektor eine intensive Betreuung notwendig ist. Ich habe aber erfahren, dass es in der Praxis in einzelnen Wohnungsloseneinrichtungen anscheinend nicht so umgesetzt wird. Daher zielt der zweite Aspekt unseres Änderungsantrags darauf, vor der Belegung diesen Betreuungsschlüssel zu gewährleisten. Ab der Eröffnung muss der Betreuungsschlüssel 1 : 25 umgesetzt sein, so dass das Personal ab dem ersten Tag in der Einrichtung seine Arbeit aufnimmt. Ich bitte um Unterstützung für unseren Änderungsantrag. - (Beifall)

StR Sauerer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Demirel! Ich hätte ja mein üppiges Haupthaar verwettet, dass wir nie einer Meinung sind. - (StRin Demirel: Machen Sie mir keine Angst!) Bei mir geht es auch um die Kastelburgstraße. Da muss ich Ihnen zu

100 % zustimmen. Ich selbst habe mit Frau Kollegin Kainz zusammen folgenden Änderungsantrag formuliert:

*„Den unter Ziffer 2 ausgeführten Standorten - bis auf folgende Ausnahme - wird für die Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen zugestimmt. Der Standort Kastelburgstraße 56 - 60, Erweiterung NQ, wird weiterhin auf die Personenanzahl von maximal 200 begrenzt. Für die Unterbringung der mobilitätseingeschränkten, alleinstehenden Männer ist ein Ersatzstandort im Bereich Freiham-Süd zu errichten.“*

Weil Sie vorher erwähnt haben ... - (Zwischenruf von StRin Demirel) - Nein, das ist jetzt mein Änderungsantrag!

Ich spreche heute nicht nur für mich und für Frau Kollegin Kainz, sondern auch im Namen aller im BA 22 vertretenen Fraktionen - also der SPD, der Grünen, der FDP und der CSU. In dieser Frage sind wir uns alle einig. Um was geht es hier? Frau Kollegin Meier hat schon ausgeführt, dass ein privater Investor an die Landeshauptstadt München vermietet. Die Stadt vergibt diese Wohnungen an wohnungslose Familien, alleinerziehende Frauen mit Kindern. Das ist seit vielen Jahren so. Herr Kollege Dr. Assal wird mir wahrscheinlich recht geben, dass es in den Anfangsjahren sehr große Probleme gab mit den Anwohnern, in der Anlage und zwischen den Bewohnern.

Sie haben es auch schon angerissen und ich will es unterstreichen: Lobend erwähnen möchte ich das Engagement der Grünen und der SPD, der Kolleginnen und Kollegen vom Bezirksausschuss. Sie haben mit viel Zeitaufwand und aufopferungsvollem Einsatz Zustände erreicht, die man für so eine relativ große Einrichtung als sehr gut bezeichnen kann. Ich möchte sie jetzt nicht gleich paradiesisch nennen.

Wir haben dort momentan 180 Personen, hauptsächlich alleinerziehende Mütter mit Kindern und Familien. Sie sind in drei Gebäuden untergebracht, die in Riegelbauweise errichtet sind. Wir haben in Ost-/Westausrichtung einen großen Platz, der als Spielplatz genutzt wird. Die Leute, vor allem Kinder, können sich hier den ganzen Tag über aufhalten. Dieser Spielplatz kommt jetzt leider weg. Wir bekommen an dieser Stelle dieses zusätzliche Gebäude. Der Platz wird sehr stark beschränkt, um die 200 m<sup>2</sup>, haben Sie gesagt.

In diesem Gebäude sollen jetzt 90 wohnungslose Männer untergebracht werden. Das ist hier, in diesem Fall, ein Problem. Und ich glaube fast, Ursula Sabathil, Du nickst mir zu, Du siehst das

ähnlich. Wir haben jetzt ein funktionierendes System. Wir haben hier Menschen, die sich wohlfühlen. Sie kommen aus einer ganz schwierigen Situation. Wir haben Familien, wir haben Mütter, und wir haben Kinder. Und wir packen jetzt dazu 90 wohnungslose Männer und schränken den Platz für die vorhandenen Bewohner ein.

Wir glauben, dass das nicht funktionieren wird, vor allem, weil wir in diesem Gebiet im Umkreis von wenigen Hundert Metern weitere Einrichtungen haben. Nur ein Beispiel: Die Flüchtlingsunterkunft in der Kronwinklerstraße ist ungefähr 100 m entfernt. Dort sind ca. 50 Flüchtlinge untergebracht. Wir haben auch noch andere Einrichtungen mit bis zu 50 untergebrachten Personen. Alles ist auf engem Raum konzentriert. Wir haben es im Laufe der Jahre mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement geschafft, dass es relativ gut funktioniert.

Wir wollen uns als Stadtbezirk nicht davor drücken, diese 90 wohnungslose Männer unterzubringen. Wir sind der Stadtbezirk mit den größten Flächen und diese Flächen sind schon erschlossen. Wieso bauen nicht wir als Stadt nicht in Freiham-Süd, wo viele Flächen in städtischem Eigentum sind und zum Verkauf anstehen, für wohnungslose Männer eine anständige Einrichtung? Warum müssen wir dieses Gebäude „anflanschen“ und so für große Konflikte sorgen - für die Bewohner, die zukünftigen Bewohner und die Nachbarn.

Ein offenes Wort zum Schluss, weil ich glaube, dass das ganz wichtig ist. Frau Kollegin Meier, ich gebe Ihnen recht und ich glaube, in diesem Gremium sind fast alle dieser Meinung. Wir haben in dieser Stadt große Probleme und wir werden uns in den nächsten Jahren noch umschaun, was auf uns zukommt. Deswegen ist es für mich als praktizierenden Christen auch schwierig, zu sagen, ich möchte die 90 wohnungslosen Männer hier nicht haben. Es gibt aber einfach Standorte, die passen, es gibt Standorte, die passen „gerade so“ - und es gibt Standorte, die passen nicht.

Wir vor Ort haben jahrelange Erfahrung und sind der Meinung, dass dieser Standort für die 90 wohnungslosen Männer einfach *nicht* passt. Ich kenne die Vertragslage nicht, ich nehme an, sie haben das ganze Grundstück vermietet. Wenn der Investor unbedingt da bauen will, dann ist die Frage, ob man dann nicht Folgendes vorschlägt: Wenn dieses Gebäude unbedingt entstehen muss, dann machen wir es eben nicht für 90 wohnungslose Männer. Wieso erweitern wir das dann nicht auch für Familien, für alleinerziehende Mütter und Kinder? Obwohl wir so diesen schönen Platz verlieren würden, was uns vor Ort sehr traurig stimmt, hätten wir dann vielleicht eine Kompromisslösung. Wenn wir bei der jetzigen Vorlage bleiben, lassen sich die Konflikte nicht vermeiden. Mit der Alternative wäre das zu lösen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass unser Änderungsantrag ein paar Stimmen findet. Ich vermute fast, dass das nicht der Fall sein wird. Ich möchte daher noch einmal wiederholen, was die Kollegin Frau Demirel gesagt hat, nämlich dass der Bezirksausschuss eingebunden werden muss. Es ist nicht in Ordnung, Frau Kollegin Meier, dass erst heute früh der BA-Vorsitzende das erste Mal von Ihrem Referat per E-Mail angeschrieben wurde. - (Zwischenruf) - Ich habe mich gerade mit ihm unterhalten! In der E-Mail wird vorgeschlagen, dass sich das Sozialreferat mit dem BA zusammensetzt und die Planung vorstellt. Nachdem der Stadtrat jedoch in dieser Sitzung bereits beschließt, handelt es sich lediglich um ein "nachtarocken", und das finde ich sehr schade. - (Zwischenruf) - Sie können den BA-Vorsitzenden, Herrn Kriesel, gerne dazu befragen. Unsere Intention war doch, dass wir den BA vorher einbinden und auch vorher informieren. Die Diskussion mit dem BA sollte vor der Beschlussfassung im Stadtrat stattfinden. Ich finde das sehr schade, aber Sie können gerne etwas dazu sagen. Sie werden jetzt sicherlich eine fundierte Gegenrede halten. Vielen Dank!

BMin Strob:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine formale Anmerkung. Es wurde zwischenzeitlich der dritte mündliche Änderungsantrag gestellt. Vielleicht könnten wir uns darauf einigen, wenn es irgendwie geht, dass die Anträge in Zukunft wieder schriftlich gestellt werden. Für die Sitzungsleitung wird die Nachvollziehbarkeit immer schwieriger.

StR Reissl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes, ein herzliches Dankeschön dem BA-Vorsitzenden Herrn Josef Mögele und seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirksausschuss 25. Wir wissen alle, dass diese Debatten nicht immer einfach sind. Wir haben den Wunsch, auf dem Grundstück an der Westendstraße ebenfalls eine Kindertagesbetreuung zu realisieren, nie als ein Entweder-oder verstanden. Wir verstehen, dass der Bezirksausschuss 25 mit der Realisierung einer Kindertagesbetreuung an diesem Standort nicht warten will, bis dort tatsächlich gebaut werden kann. Bevor man dort überhaupt mit dem Bau beginnen kann, ist zuvor erst noch die Realisierung des Busbetriebshofes am neuen Standort in Moosach erforderlich. Wir unterstützen das ausdrücklich. Ich glaube, dass zu diesem Punkt nicht die Sozialreferentin Stellung nehmen sollte, sondern der Stadtschulrat. Für das Thema Kindertagesbetreuung ist der Stadtschulrat zuständig und nicht die Sozialreferentin. Bei den bisherigen Planungsüberlegungen für die Neubebauung auf diesem Grundstück sollte es eigentlich möglich sein, dass ein Konflikt zwischen der temporären Kindertagesbetreuung und der endgültigen Bebauung vermieden werden kann. Es ist

dort unter anderem eine große, zentrale Grünfläche geplant, auf der man sicherlich eine Kindertagesbetreuungseinrichtung - über die Größe wird man noch diskutieren müssen - realisieren könnte.

Ein herzliches Dankeschön an Dich, lieber Josef, sowie an deine Kolleginnen und Kollegen. Wir unterstützen dieses Anliegen ausdrücklich.

Das Dankeschön an den Bezirksausschuss 25 bezieht sich ebenfalls auf die Aussage, dass der Bezirksausschuss eine Unterkunft für Flüchtlinge akzeptiert, deren Umfang größer ist, als vom Stadtrat im Grundsatz beschlossen. Eine grundsätzliche Entscheidung, das wissen wir alle, bedeutet nicht immer und ohne Ausnahme, sondern man kann in begründeten Fällen davon abweichen. Wenn es dazu vor Ort ausdrücklich eine Zustimmung gibt, kann man tatsächlich in diesem Fall vom Grundsatz abweichen. Die Grundsatzentscheidung bleibt nach wie vor bestehen. Wir sind der Ansicht, dass es für die Bewohner einer Einrichtung übersichtlicher bleibt, wenn sie in einer Einrichtung mit 200 Menschen wohnen und nicht in einer Einrichtung mit 300, 350 oder 400 Menschen. Das sollte man auch weiterhin bedenken.

Über den Ablauf haben wir uns bereits unterhalten. Zur Frage, zu welchem Zeitpunkt der Bezirksausschussvorsitzende des 22. Stadtbezirks etwas erfahren hat, kann ggf. die Sozialreferentin noch einmal Stellung nehmen. Vor Ort müssen Sie Kenntnis gehabt haben, sonst hätten Sie sich nicht so intensiv damit auseinandersetzen können. Ich nehme an, dass es durchaus eine offizielle Befassung war und nicht nur einfach irgendwelche "Straßenparolen", die bis nach Aubing gelangt sind.

Es gibt einen gemeinsamen Änderungsantrag, daher ist es klar, wie wir uns dazu verhalten werden. Danke.

StR Altmann:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Dass wir diese Debatte in der heutigen Sitzung noch einmal so ausführlich führen, verstehe ich nicht. Wir haben über diese Problematik bereits in einem Vorgespräch beim Oberbürgermeister ausführlich gesprochen. Anhand der ersten Vorlage haben wir uns ausgetauscht und beraten. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass eine gleichmäßige Verteilung auf alle Stadtbezirke angestrebt werden soll. Frau Meier, ich beneide Sie nicht! Wenn ich nunmehr die Karte betrachte, dann zeigt sich, dass es in dieser Hinsicht gut weitergeht. Es werden alle mit einbezogen. Wenn ich mir die Statistik ansehe, insbesondere die rote Kurve,

die einen weiteren Anstieg ab Mai verzeichnet, dann wird es keinen Unterschied machen, ob wir derzeit einen Standort nachverdichten oder alternativ einen anderen belegen. Relativ schnell werden wir wieder über neue Standorte reden, weil ein zusätzlicher Bedarf für weitere Standorte entstanden ist. Eine Debatte in der heutigen Sitzung mit den Argumenten „hier nicht und lieber woanders“ oder „nicht so viele“ ist überflüssig. Ich denke, Mitte des Jahres wird uns das Thema wieder eingeholt haben und wir werden uns erneut über weitere notwendige Standorte unterhalten müssen.

München steht eindeutig für eine Willkommenskultur und dieser müssen wir Rechnung tragen. Dass wir das tun, zeigt sich auch hier. Ich bitte daher darum, die Diskussionen, ob ein Standort geeigneter ist als ein anderer, hinten anzustellen. Es wird uns sonst in einem halben Jahr, wenn wir erneut über diese Thematik reden, auf die Füße fallen. Ich verstehe nicht, warum die Debatte so ausführlich geführt wird.

Ich gehe davon aus, dass Sie, Frau Meier, die benötigten Kindertageseinrichtungen und Schulen mit im Auge haben, sofern Ihnen die Daten und Bedarfe zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist natürlich auch Ihr Referat, Herr Schweppe, gefordert. Diese Bedarfe müssen rechtzeitig bekannt gegeben und priorisiert werden. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass es im Bereich Kindertageseinrichtungen ebenfalls einen zusätzlichen Bedarf gibt, den wir nicht hinten anstellen dürfen. Daher müssen wir sowieso auch auf andere Standorte ausweichen.

Wenn die Bevölkerung rechtzeitig eingebunden wird und wenn mit den Leuten vor Ort gesprochen wird, ist deren Akzeptanz da. Es hat sich gezeigt, die Leute möchten nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern sie wollen rechtzeitig im Vorfeld wissen, was auf sie zukommt. Wenn Sie Seite 11 der Vorlage lesen und das auch so durchgeführt wird, sind wir auf dem richtigen Weg.

Der Antrag der Grünen unterstreicht das meiner Meinung nach nur noch, weil das in der Vorlage sowieso ausgeführt wird. Das kann man nur begrüßen. Ich sage es noch einmal und bitte eindringlich darum, die Anwohner wirklich vorher zu informieren. Bereits im Vorfeld bei der Standort-suche, wenn Sie absehen können, dass wir noch mehr Unterkünfte brauchen, damit die Bevölkerung sich darauf einstellen kann.

Ich stimme dieser Vorlage zu. Bezüglich der Ergänzungsanträge, zu denen Sie sicherlich noch Stellung nehmen werden, entscheiden wir, je nachdem wie Ihre Erklärungen lauten werden. Wir

stimmen diesen Ergänzungsanträgen zu oder nicht. Aber Ihrer Vorlage stimmen wir zu, weil wir nicht alle halben Jahre eine Debatte brauchen, in der es nur um Verschiebungen geht. Wenn die Entwicklung sich so fortsetzt, werden wir diese Plätze brauchen. Wo sollen diese Leute sonst hin? Wir werden das mit Ihnen durchstehen, durcharbeiten und vollenden. Danke.

BMin Strobl:

Ich darf darauf hinweisen, dass der Stadtrat bereits das Prozedere bezüglich der Informationsweitergabe konkret beschlossen hat. Dazu wird die Referentin noch Ausführungen machen, auch zu den einzelnen Bezirksausschüssen. Es sind durchaus Gesprächsangebote erfolgt, auch schriftlich, das kann ebenfalls entsprechend nachgewiesen werden.

StR Schmude:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, ich muss auch noch einen mündlichen Änderungsantrag einreichen. Ich habe ihn fertig formuliert und kann ihn auf einen Schmierzettel schreiben. Die Mühe für den Protokolldienst sollte nicht so gigantisch sein.

Wir haben bereits im Oktober gesagt, dass wir die menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern auf jeden Fall unterstützen, weil es sich um eine humanitäre Menschenpflicht handelt. Bei der Gelegenheit weise ich aber erneut darauf hin, dass man in diesem Bereich dem Bürger gegenüber Ehrlichkeit zeigen muss. Die Ehrlichkeit zeigt sich in Formulierungen wie z. B. der, dass für das Kollektiv aus 20 % echten Flüchtlingen und 80 % illegalen Einwanderern konsequent immer das Wort Flüchtlinge benutzt wird. Ich möchte daran erinnern, - (vereinzelte Zwischenrufe) - dass das durch Bundesgesetze ganz klar festgelegt ist. Die Bundesregierung betreibt mit großem Millionen- und Milliardenaufwand ein Bundesamt für Flüchtlinge und Migration. Dieses bearbeitet die Asylanträge. Grob gesagt 80 % dieser Asylanträge werden abgelehnt. 20 % werden teils angenommen und teils wird eine Duldung ausgesprochen. Das kann man im Internet nachlesen mit wenig Mühe selbst nachprüfen.

Das ist nur eine Erinnerung und diese mache ich auch gar nicht im eigenen Interesse. Für mich ist das ganz bequem. Jedes Mal, wenn ein illegaler Einwanderer als Flüchtling bezeichnet wird, wandert ein Wähler von den Altparteien zur AfD. Von daher kann ich mich entspannt zurücklehnen. In der Sache wäre es gut, wenn sich diese Praxis ändern würde. Parteitaktisch wäre es für uns schlecht. Aber egal, das war nur eine Erinnerung. Zurück zur Sache, zur Standortliste: - (Zwi-

schenrufe) - Ja, darüber können wir nachher gerne noch reden. - (Zwischenrufe) - Ganz im Gegenteil! Seien Sie ehrlich zu den Bürgern, dann hat der Rassismus keine Chance.

Wir haben einen Brief des Bezirksausschusses 14 vorliegen, um den es jetzt eigentlich geht. - (Zwischenruf) - Bitte melden Sie sich einfach, aber quatschen Sie nicht dauernd dazwischen! Ich höre Ihnen ja auch zu. Der Bezirksausschuss 14 sagt in sehr lobenswerter Weise: „*Der Bezirksausschuss 14 stellt sich ausdrücklich nicht gegen die Einrichtung einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft im Stadtteil.*“ Weil er das so positiv formuliert, sollte man den grundsätzlichen Einwand, der sehr übersichtlich dargestellt ist, auch ernst nehmen und aufgreifen. Der Bezirksausschuss 14 ist nämlich der Meinung, dass für die geplante Unterkunft der Standort Heinrich-Wieland-Straße/St. -Michael-Straße nicht gut ist. Daher bittet er, diesen aus der Liste zu streichen.

Das möchte ich hiermit als Änderungsantrag einbringen. - (Zwischenruf) - Dabei ging es jedoch um die Kastelburgstraße und nicht um die Heinrich-Wieland-Straße. - (BMin Strobl: Zum Standort Heinrich-Wieland-Straße sagt die Referentin anschließend noch etwas. - Verschiedene Zwischenrufe) - Es tut mir leid, dann war ich zu diesem Zeitpunkt draußen. Es tut mir leid, dann habe ich das nicht mitbekommen. Soweit ich mich erinnere, war von der Heinrich-Wieland-Straße eigentlich keine Rede. Eigentlich habe ich schon gut aufgepasst. Ist die Heinrich-Wieland-Straße nach wie vor im Antrag enthalten oder nicht? - (Zwischenruf: Ja!) - Gut, dann muss ich den Antrag tatsächlich stellen, sie aus dem Antrag herauszustreichen.

Der Änderungsantrag lautet: An Ziffer 1 des Referentenantrages wird angefügt, „*Dem Standort Heinrich-Wieland-Straße/St. -Michael-Straße wird nicht zugestimmt, er ist aus der Standortliste gestrichen.*“ Dankeschön.

BMin Strobl:

Herr Schmude, nachdem Sie in dieser Sitzung erneut von illegalen Einwanderern im Zusammenhang mit Gemeinschaftsunterkunftsstandorten gesprochen haben, möchte ich Sie über den Sachverhalt aufklären. Entweder Sie wissen es nicht, oder Sie stellen es ganz bewusst falsch dar. Flüchtlinge bzw. Asylbewerber sind solange in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, solange deren Verfahren läuft. Deshalb können Sie nicht von illegalen Einwanderern sprechen. Erst wenn die Verfahren abgeschlossen sind, also eine positive Anerkennung als Asylbewerber erfolgt ist, bzw. bei einer Nichtanerkennung, eine Duldung zuerkannt wurde, dann kommen die Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften heraus, bzw. werden andernfalls rückgeführt.

Solange sie in den Gemeinschaftsunterkünften sind, sind deren Verfahren nicht abgeschlossen. Das Einzige, was gelegentlich passieren kann, dies hat Kollegin Meier schon angesprochen, ist Folgendes: Die Überführung in das System der Wohnungslosigkeit erfolgt nicht unmittelbar nach der Anerkennung, weil nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen.

Deswegen finde ich es nicht in Ordnung, wenn Sie im Zusammenhang mit diesen Standorten von illegalen Einwanderern sprechen, weil dies einfach nicht richtig ist. - (Beifall) - Man sollte das schon richtig darstellen. Sie können sich gerne noch einmal zu Wort melden, was Sie bereits getan haben.

StR Sauerer:

Herr Kollege Reissl! Ich möchte nur noch einmal ganz kurz klarstellen, wie das Thema nach Aubing kam. Das waren keine "Straßenparolen", sondern der Bezirksausschuss Aubing ist erstmals darauf aufmerksam geworden, weil er den Bauantrag angefordert hat. Dies geschah, bevor das Sozialreferat im November darüber informiert hat. Durch die Anforderung der Bauunterlagen hat der Bezirksausschuss erfahren, dass diese Erweiterung geplant ist. Danke.

StR Schmude:

Frau Bürgermeisterin! Sie wollten mich offensichtlich absichtlich missverstehen. Die Leute sind zunächst einmal Antragsteller im Asylverfahren und man weiß noch nicht, ob der Asylanspruch berechtigt ist oder nicht. Nach Abschluss des Verfahrens sieht man dann, dass bei der überwältigenden Mehrheit der Antrag unberechtigt und unbegründet ist. Nur bei einer Minderheit ist der Asylantrag begründet. Das bedeutet, dass wir in den Gemeinschaftsunterkünften ein Kollektiv von Leuten haben, eine Minderheit, die einen berechtigten Asylanspruch hat und eine überwältigende Mehrheit, die keinen Asylanspruch hat. Das ist alles.

BMin Strobl:

Ich denke, dazu muss nichts mehr gesagt werden. Sie wissen genau, dass die Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften alle noch im Antragsverfahren sind. Deswegen kann man überhaupt nicht sagen, wessen Antrag berechtigt ist und wessen Antrag nicht. - (Zwischenruf) - Nein, ich habe Ihnen ganz genau zugehört, aber Sie wollen es einfach so darstellen, wie Sie das möchten. Das ist Ihr gutes Recht. Die Kolleginnen und Kollegen werden es entsprechend beurteilen.

StRin Wolf:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Noch ein paar Worte zu der Statistik, auf die sich wiederholt bezogen wird. Das Problem ist, dass diese bereits falsch ist und das Bild der Realität verfälscht. Wir haben es unserer wirklich sehr kritikwürdigen Asylgesetzgebung zu verdanken, dass eine Vielzahl von Asylanträgen gar nicht inhaltlich geprüft wird, sondern gemäß der Verordnung Dublin II in Staaten abgeschoben wird, in denen dann ggf. eine Prüfung erfolgt. Das interessiert jedoch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge überhaupt nicht. Diese Anträge zählen bereits zu den unberechtigten. Momentan wird fast die Hälfte der Anträge, die inhaltlich geprüft werden, anerkannt. Hinzu kommt, das steht auch nicht in dieser Statistik, die man im Internet sehen kann, dass von den Anträgen, die nicht anerkannt werden, noch einmal ein nicht zu vernachlässigender Prozentsatz im Wege von Gerichtsverfahren trotzdem noch ein Asylrecht zuerkannt wird. Bevor man hier rumhetzt, sollte man sich vielleicht mit den realen Bedingungen im Land beschäftigen. Danke. - (Beifall)

StRin Demirel:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmude! Ich habe diesen Zwischenruf gemacht, weil Sie "Wählerverdummung" betreiben. Das hat mich aufgeregt. Sie argumentieren permanent beim Thema Asyl mit irgendwelchen Parolen, die überhaupt keinen sachlichen Hintergrund haben. Das ist bereits so oft vorgekommen. Daher habe ich Sie in dieser Sitzung aufgefordert den Begriff zu definieren, damit wir verstehen, von was Sie reden.

Zu der sachlichen und rechtlichen Lage hat die Kollegin Wolf schon ausgeführt. Ich biete Ihnen an, kommen Sie bei uns in der Fraktion vorbei, wir sind gerne bereit, Ihnen zum Asylrecht eine Fortbildung zu geben. - (Zwischenrufe) - Ein Flüchtling kommt in der Erstaufnahmeeinrichtung an, stellt seinen Asylantrag, wird auf Gemeinschaftsunterkünften verteilt und der Asylantrag wird beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprüft. Wenn es zu einer Ablehnung kommt und der Mensch aus einem Kriegsgebiet kommt, dann erhält er eine Duldung und darf bleiben. Jeder einzelne Flüchtling, der in einer Gemeinschaftsunterkunft lebt, ist ein legaler Flüchtling und ordnungsgemäß registriert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass im deutschen Rechtssystem jemand der registriert ist, noch unter den Begriff "illegal" subsumiert werden kann. Daher lautet mein Appell an Sie: Hören Sie auf die Menschen für dumm zu verkaufen! - (Beifall) - Das hat mich aufgeregt. - (Beifall)

StR Reissl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass in dieser Sitzung erneut eine Grundsatzdebatte, über den Umgang mit Flüchtlingen und das Asylrecht der Bundesrepublik

Deutschland, geführt wird. Der Stadtrat der Landeshauptstadt München ist nicht das zuständige Gremium. Wenn jedoch jemand mit dem Anspruch auftritt, man solle die Wahrheit sagen, dann soll man halt auch wirklich dabei bleiben. Die Wahrheit bei diesem Thema ist leider sehr sehr kompliziert. Die beiden Vorrednerinnen Frau Wolf und Frau Demirel haben es bereits angedeutet, dass es sehr kompliziert ist, weil es ganz unterschiedliche Rechtsstellungen von Flüchtlingen in diesem Land gibt.

Aus jahre- und jahrzehntelangen Diskussionen wissen wir: Das Asylrecht nach der Vorschrift des Grundgesetzes zu erlangen, ist an sehr sehr hohe Voraussetzungen gebunden. Es muss nämlich eine individuelle politische Verfolgung vorliegen. In der Regel muss der Verfolgungsgrund in der einzelnen Person liegen und nicht in einem Staat, der Gruppen verfolgt. Das ist normalerweise nicht der Grund, um Asyl in Deutschland gewährt zu bekommen. Es gibt darüber hinaus noch viele, viele andere Regelungen und deswegen ist die Anzahl derer, die letztendlich tatsächlich eine Anerkennung nach dem strengen deutschen Asylrecht bekommen, ein geringer.

Das heißt jedoch noch lange nicht, dass der große Rest sich deswegen illegal in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Herr Schmude, Sie haben selbst den Begriff der Humanität in Ihrem ersten Beitrag erwähnt. Die Humanität verbietet uns, Bürgerkriegsflüchtlinge in ein Bürgerkriegsland zurückzuschicken. Deswegen sind diese Menschen hier, auch wenn sie nicht einzeln und individuell als politisch Verfolgte anerkannt werden. Der Zusammenhang, so wie Sie ihn darstellen, ist verkehrt. Der von Ihnen beschriebene große Anteil darf aus diesen humanitären Gründen hierbleiben.

Ich weiß auch nicht, warum man es in dieser Debatte so überdramatisieren will. Ein ganz großer Teil, vor allem der Bürgerkriegsflüchtlinge, kommt nicht mit der Absicht nach Deutschland, den Rest des Lebens in Deutschland zu verbringen. Das wissen wir aus den 90er Jahren von den jugoslawischen Bürgerkriegen. Natürlich sind noch welche hier. Als Sarajewo über ein Jahr lang belagert worden ist und der Krieg in Bosnien-Herzegowina stattgefunden hat, sind sehr viele Menschen nach Deutschland, aber auch in andere europäische Länder, gekommen. Wir haben diese Menschen nicht sofort wieder zurückgeschickt, sondern man hat aus humanitären Gründen dafür gesorgt, dass sie hier bleiben konnten. Aber ein sehr großer Teil der Flüchtlinge aus den jugoslawischen Bürgerkriegen ist doch längst wieder in ihrer Heimat. Diese Tatsache könnte doch eigentlich auch dazu beitragen, dass man sich darüber ruhig und sachlich auseinandersetzen kann.

- (Beifall)

StR Richter:

Meine Damen und Herren, Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich empfinde die Debatte in dieser Sitzung als außerordentlich erfreulich und fruchtreich, weil es erstmals zu diesem heiklen Thema, bei dem normalerweise volkshammerartige Einstimmigkeit in diesem Haus herrscht, eine Diskussion gibt. Das ist eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung in diesem Haus. Vielleicht ist das doch ein wenig der Entwicklung geschuldet, die wir in den letzten Monaten in unserem Land haben. Die Menschen gehen inzwischen auf die Straße, weil sie, von einer Politik die ihre Sorgen nicht ernst nimmt, die Schnauze voll haben, gerade im Bereich Zuwanderung, Asyl und Islamisierung. Immer mehr Menschen akzeptieren das nicht mehr, dass die Politik über ihre Köpfe hinweg entscheidet und ihnen tagtäglich Zumutungen unter die Nase reibt, die schlechterdings nicht akzeptabel sind.

Wir haben das selbst im Sommer im Münchner Norden rund um die Bayernkaserne erlebt. Die Reaktion darauf ist, dass die Leute das nicht mehr akzeptieren und deswegen auf die Straße gehen. Vielleicht sitzt dem einen oder anderen Redner hier doch auch ein wenig der Schrecken über diese Entwicklung in den Knochen. Ich finde es ausgesprochen erfreulich, dass der Konsens den Sie hier beschwören brüchig wird. Ich hätte nicht erwartet, dass Widerstand von der CSU-Fraktion kommt. Daher bin ich dem Kollegen Straßer außerordentlich dankbar dafür, dass er plötzlich die Bürger bemüht, die seiner Ansicht nach mitgenommen werden müssen. Das sind ganz neue Töne in diesem Haus, dass plötzlich die Bürger mitgenommen werden müssen, wenn es um die Einquartierung von Asylanten geht. Das ist eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung meine Damen und Herren!

Ich finde es auch schön, dass sich der Kollege Schmude von der AfD neuerdings doch positioniert. Selbstverständlich in einer Weise, die vollkommen angemessen ist. Natürlich hat der Kollege Schmude vollkommen recht, dass der weitaus überwiegende Teil von Asylbewerbern in unserem Land abgelehnt wird. Über die Umstände hinaus, die der Herr Kollege Schmude angesprochen hat, ist es nun einmal ein Faktum, das Sie auch nicht wegdiskutieren können, dass wir z. B. Ende August 2014 145.000 vollziehbar ausreisepflichtige Personen in Deutschland hatten, die aber nicht ausgereist sind, die nicht abgeschoben wurden und auch nicht abgeschoben werden. All das sind schon Missstände, die angesprochen werden müssen. Es ist schön, dass diese endlich auch in diesem Haus einmal kontrovers diskutiert werden. Das ist eine Entwicklung, die außerordentlich begrüßenswert ist. Ich bin auch nicht traurig, dass wir diese Diskussion jetzt wieder haben. Ich bin z. B. in diese Vorabgesprächsrunde beim OB, von der hier die Rede war, nicht eingeladen worden. Man hätte mich bei solchen Entscheidungen in Sachen Asylbewerberinquartierung auch mit-

nehmen können. Warum bin denn ich in eine Vorabgesprächsrunde beim Oberbürgermeister nicht eingeladen? Das klingt für meinen Geschmack schon ein wenig nach Kuschelrunde und sind wenig transparente Zustände.

Meine Damen und Herren, insbesondere der Vertreter des Bezirksausschusses! Wir leben manchmal in einer falschen Vorstellungswelt. Die Stadtverwaltung begreift sich leider viel zu häufig als Dienstleister für die Zuwanderungslobby. Wir diskutieren über 200 Asylbewerber hier, 300 dort, 500 hier, über die Unterbringung in einem Straßenbahndepot oder darüber, ob dieser oder jener Standort vielleicht geeignet ist. Wir verlieren dabei ein wenig den Wald vor lauter Bäumen aus dem Blick.

Es geht hier nicht darum, dass wir die Dinge, so wie sie sind, akzeptieren und glauben, wir hätten eine Pflicht zur Humanität, zur Willkommenskultur oder was Sie als solche bezeichnen. Das haben wir überhaupt nicht. Es ist außerordentlich schön, dass Sie endlich in diesem Haus anfangen, davon zu sprechen, dass die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden müssen. Das wurden sie nämlich viel zu lange nicht. Wären die Bürger im Sommer in Freimann, als es in der Bayernkaserne heiß geworden ist, schon mitgenommen worden, wäre es nicht nötig gewesen, dort Ratz zu machen. Es wäre auch nicht nötig gewesen, dass sich besorgte Bürgerinnen und Bürger dort an mich gewandt haben in der Hoffnung, ich würde mich des Themas annehmen, weil sie bei Ihnen auf taube Ohren gestoßen sind. Solche Zustände wie im August in Freimann fallen nicht vom Himmel, sie kommen daher, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger bei Ihren Einweisungs- und Unterbringungsplänen eben nicht mitnehmen.

Als Stadtverwaltung sind wir nicht Dienstleister für vorgebliche Flüchtlinge und Asylbewerber aus aller Herren Länder. Wir stehen in der Verpflichtung gegenüber den Münchnerinnen und Münchnern. Ich verstehe mein Amt zumindest so. Wir sind nicht Dienstleister für hilfebedürftige Asylbewerber, vielfach auch Asylbetrüger aus aller Herren Länder, sondern dafür verantwortlich, dass es den Münchnerinnen und Münchnern gut geht und an nichts fehlt. Diese Bewertungsmaßstäbe Ihres Verwaltungshandelns sollten Sie sich hin und wieder zu Gemüte führen und sich daran erinnern, wer Sie eigentlich gewählt hat und in wessen Verantwortung Sie stehen - nicht der ganzen Welt gegenüber.

Es ist schön, dass die von Ihnen beschworene Willkommenskultur endlich Risse bekommt. So, wie Sie das bisher verkauft haben, ist es ein sich selbst belügen. Es gibt keine Willkommenskultur! Es gibt eine Verpflichtung gegenüber dem sozialen Frieden in unserer Stadt und gegenüber den ein-

heimischen Münchnerinnen und Münchnern. Es ist hoch an der Zeit, dass Sie sich das endlich einmal vor Augen führen. Wenn der eine oder andere auf die Straße geht und der Protest, der inzwischen auch in München endlich laut wird, dazu beiträgt, dass die Diskussion hier im Hause endlich ein wenig pluralistischer wird, haben diese Demonstrationen bereits ihren Zweck erreicht. Herzlichen Dank fürs Zuhören.

OBM Reiter:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte einige Sätze in Richtung BIA klarstellen, obwohl ich keine Hoffnung habe, dass sie dort verstanden werden: Wir reden nicht von einem heiklen Thema. Wir reden davon, Menschen in Not bei uns aufzunehmen, ihnen Unterkunft zu geben und ihnen zu helfen. Sie haben es nicht verstanden. Wir reden nicht über das Ob, sondern über das Wo und das Wie. Das war der Gegenstand der Beschlussvorlage, die wir heute beschließen werden. - (Allgemeiner Beifall)

Wie gesagt, wir reden nicht über das Ob, sondern über das Wo und Wie! Wir reden über die Aufnahme von Menschen in Not. Es ist klar, dass Sie es weder verstehen wollen noch können. Deshalb sage ich Ihnen: Ich genieße das Privileg, in mein Büro einladen zu dürfen, wen ich will. Sie werden auf Dauer nicht dazugehören. - (Allgemeiner Beifall)

StR Richter:

Herr Oberbürgermeister, auch bei Ihnen muss ich einen erfreulichen Fortschritt in der Diskussionskultur wahrnehmen. Ich bin bisher nur als „Undemokrat“ beschimpft worden, mit dem auseinanderzusetzen es sich nicht lohnt. Man möchte meine Redebeiträge nicht dadurch aufwerten und den Anschein erwecken, als würde man mich am demokratischen Diskurs teilnehmen lassen. Solch gestanzte, hölzerne Sätzchen haben Sie in den letzten Monaten regelmäßig am Schluss abgesondert, wenn ich eine Wortmeldung hier abgeliefert habe. Demgegenüber beglückwünsche ich Sie zu diesem regelrechten rhetorischen Feuerwerk, das Sie heute abgelassen haben, und bedanke mich für ein klein wenig Aufmerksamkeit, die Sie mir endlich einmal zuteilwerden lassen. Das ist vielleicht auch die Folge einer pluralistischer werdenden Diskussion. Herr Oberbürgermeister, herzlichen Dank!

Bfm. StRin Meier:

Ich fange mit der Zschokkestraße an. Der Stadtschulrat wird noch detaillierter Stellung nehmen. Sie haben gesehen, dass wir im Vorcheck immer die Planungsbedarfe mit dem Schulreferat abklären: Wann seid Ihr dort mit einer Schule oder Kita unterwegs? Deswegen war jetzt das Angebot

an den Bezirksausschuss, zu überlegen, ob wir entweder gleich die dauerhafte Kita mitplanen oder zumindest ein Provisorium, wenn wir schon schnell in Sachen Ständerbauweise mit dem Baureferat unterwegs sind. Es wurde mit dem Schulreferat schon gesprochen. Das Gespräch bei der Bürgermeisterin versucht, diese Frage zu klären. Entweder wählt man ein Provisorium, das wir bei unserer Planung anhängen, oder man geht grundsätzlich an das Thema heran. - (Zuruf von den Grünen: Auf jeden Fall Kita!) - Auf jeden Fall! Ich habe im Vorfeld mit Herrn Scheifele geredet. Es gibt natürlich ein Problem, und es stellt sich die Frage, ob es eine BayKiBiG-Förderung gibt, wenn man ein Provisorium baut. Das muss das RBS klären. Baulich wäre es für uns kein Problem, es so zu situieren, dass man ein Provisorium machen könnte. Man muss es klären. Wir wären mit dem Baureferat bereit.

Ich habe versucht, am Anfang deutlich zu machen, dass wir mit sehr vielen Zielkonflikten und Widersprüchen zu tun haben. Wenn man 260 Objekte in der Prüfung hat und man Ihnen heute lediglich vier neue vorstellt, zeigt das, wie schwierig sich jedes Einzelne gestaltet. Bei dieser Prüfung und Klärung, ob wir jetzt in die grüne Phase gehen, haben wir immer einen Riesendruck. Die Skizze macht deutlich, dass im August 1.100 Plätze gefehlt haben. Ich erinnere an die Situation in der Bayernkaserne. Diese Situation möchte ich nicht haben. Es würde bedeuten, dass wir entweder massenhaft Turnhallen öffnen und bis Ende September wieder freigemacht haben müssten oder in eine Nachverdichtung von bestehenden GU oder Erstaufnahmeeinrichtungen gehen, die auch nicht verträglich ist. Man muss alles daransetzen, in den nächsten Monaten die Lücke von diesen ca. 1.000 Plätzen zu schließen.

Noch zur Zschokkestraße und der Forderung einer Begrenzung der Belegung auf 200 Personen: Ja, wir haben gesagt, wir finden grundsätzlich kleinere Einrichtungen richtig. Ich schliesse mich Frau Demirel an. Aber unter dem Faktor des Zeitdrucks und des Bauens haben wir gesagt: Okay, es geht mit 300 Personen, weil wir maximal fünf, eher vier Jahre bleiben und in Laim sonst nicht fündig geworden sind. Dort ist weit und breit nichts. Die besagte Landesgehörlosenschule befindet sich 2 km entfernt. Diese Landesgehörlosenschule haben wir noch immer nicht. Wir verhandeln intensiv mit dem Freistaat. Der Oberbürgermeister schreibt bereits böse Briefe, weil wir nicht verstehen können, warum sich der Freistaat so anstellt, obwohl dieser Standort sehr geeignet ist.

Frau Demirel, die Alternativnutzung, Bayernkaserne, ist etwas komplizierter, weil es eine neue Planung gibt. Wir müssen auf sieben weitere Erstaufnahmeeinrichtungen Rücksicht nehmen. Die ersten zwei sind schon am Netz. Jetzt haben wir vier Erstaufnahmeeinrichtungen. Ich hoffe, dass es bald sieben sein werden. Diese sieben Erstaufnahmeeinrichtungen konzipieren sich neu. Es

stellt sich zunehmend heraus, dass es sinnvoll ist, ein Ankunftszentrum zu schaffen, in dem die ersten Aufgaben erledigt werden, wie etwa die Registrierung, der Erstgesundheitscheck und die Gesundheitsuntersuchung und man danach eventuell eine Verteilung auf andere Standorte vornimmt.

Die Idee lautet, wegzukommen von der klassischen EAE, wie wir sie jetzt haben: alle zusammen und auf einmal durchgeschleust, dann in die GU. Das Konzept soll neu überdacht werden, gerade hinsichtlich der anderen sieben Standorte. Es hat sich schon abgezeichnet: Wir hatten während der 14 Tage an Weihnachten über 4.000 Zugänge. Zu 60 % kamen sie aus dem Westbalkan. Diese Personen werden immer weitergeleitet. Irgendwann ging diese Weiterleitung nicht mehr, weil Zirndorf völlig überfüllt war und wir jetzt einen Teil aus dem Kosovo in Riem unterbringen. Man spricht sich unter den EAE ab, wer die Menschen übernimmt. Es macht also durchaus Sinn, die EAE bayernweit neu zu überdenken.

Wir brauchen aber im Sommer unbedingt eine mittelfristige Lösung für die Baierbrunner Straße. Daran wird auch auf Hochtouren gearbeitet. Es gibt Ideen, die von der Regierung vorgestellt werden. Man kann nicht einfach sagen: Ersatz Bayernkaserne irgendwo auf der grünen Wiese mit 1.200 Plätzen. Vielleicht braucht München keine EAE mehr mit einer Kapazität für 1.200. Vielleicht braucht man nur ein Ankunftszentrum, durch das man am Tag 500 Personen schleust, aber nicht so viele EAE-Plätze. Darüber wird derzeit intensiv nachgedacht.

Bei der Kastelburgstraße machen wir folgenden Vorschlag, der auch mit dem BA-Vorsitzenden kommuniziert wurde: Man nutzt das Baurecht, aber entzerrt die Belegung. Das heißt, man geht nicht auf die Maximalkapazität, die das Baurecht hergäbe, nämlich 270, sondern wählt eine lockere Belegung. Ich würde aber trotzdem gerne daran festhalten, im Erdgeschoss mobilitätseingeschränkte Personen unterzubringen, weil wir hier einen massiven Bedarf haben.

Was den Kinderspielplatz betrifft, wird man gerne mit dem BA ins Benehmen treten und sehen, was sich machen lässt. Ich schließe mich dem BA 22 an, wie informiert wurde. Im Sommer 2014 hat der BA den Bauantrag bekommen. - (Unruhe - Zurufe) - Ich spreche vom Bauantrag für die Kastelburgstraße. Dafür hat der Bezirksausschuss im August 2014 den Bauantrag erhalten. Damals hatten wir noch nicht das jetzige Verfahren, bei dem die Frage, ob es einen Bauantrag gibt, direkt über die Projektmanagementliste und den Stab geht, sondern der Betreiber stellt einen Bauantrag. Bis zu dem Zeitpunkt ging es an den Verfahren des Sozialreferates vorbei, weil es ein ganz normales Verfahren ist, das das Planungsreferat betrifft.

Jetzt ist es so, dass das Planungsreferat sofort einspeist und die Information noch vor dem Bauantrag an den BA geht. Es ist erst seit Kurzem so, dass wir das mit den Bauanträgen im Griff haben. Wir haben immer gesagt, es ist ein Problem. Den privaten Betreiber haben wir nur begrenzt im Griff. Aber das Planungsreferat hat es zugesichert und es funktioniert. Der Bezirksausschussvorsitzende wurde am 13.11.2014 per Mail zum ersten Mal informiert. Es wurde ein Gesprächsangebot gemacht. Ich glaube, wir werden Ihnen einfach die Mail zukommen lassen. Das ist das Beste. Später wurde immer wieder telefonisch angeboten, dass wir gerne in den Bezirksausschuss kämen, um diese eher diffizile Angelegenheit mit dem BA-Vorsitzenden zu besprechen. So viel zur Information BA 22.

Zur Heinrich-Wieland-Straße habe ich versucht zu erklären: Es war ein ursprünglicher Vorschlag des SAE, schnellstmöglich die Heinrich-Wieland-Straße für den Winternotfallplan zu nehmen und einen Container zu nutzen. Das war nicht mehr nötig, weil wir andere nutzen konnten. Aber das, was Sie an der Wand sehen, verdeutlicht, dass uns die Heinrich-Wieland-Straße vielleicht in einer längeren Nutzung helfen könnte, aber immer im Hinblick darauf, dass dort auch eine zügige Bebauung realisiert werden muss. Das Planungsreferat hat gesagt: Vor fünf Jahren ist nichts drin. Die Stadtwerke sagen aber: In drei Jahren wollen wir bauen. Ich habe mit Herrn Dr. Bieberbach Folgendes vereinbart: Wir bauen dort entgegen unseren Standards eine Containeranlage, die wir im Zweifelsfall entweder verlegen oder auf dem Gelände umsetzen, so dass wir - sollte nach drei Jahren die Baureife erreicht sein - einer Bebauung nicht im Wege stehen. Das ist die Vereinbarung mit den Stadtwerken.

#### StSchR Schweppe:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte noch gerne etwas zum Thema Bildungscampus Westpark, Fürstenrieder Straße sagen: Es gibt zwei Gymnasien, die erweitert werden müssen. Darüber hinaus gibt es eine Initiative „Bildungscampus Westpark“ und die Absicht des Kommunalreferates, das Grundstück für uns zu erwerben. Herr Straßer, nach meinen Informationen ist es so, dass jetzt der Ball beim Freistaat liegt. Es laufen konkrete Verhandlungen. Wir beabsichtigen, schulplanerisch Schulen zu erweitern und bei diesem Grundstück grundsätzliche Überlegungen anzustellen, um die Bildungslandschaft in diesem Viertel zu verbessern. Temporär ist sie als Flüchtlingsunterkunft denkbar. Der Ball liegt beim Freistaat. Wir hoffen, dass es bald mit den Erwerbsverhandlungen weitergehen kann.

Zur Zschokkestraße: In Laim besteht ein großer Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen. Das ist bekannt. Wir versuchen, alles an Grundstücken zu bekommen, was wir bekommen können. Das Grundstück, um das es jetzt geht, ist das letzte städtische Grundstück, das wir auf dem Feld tatsächlich belegen können. Die Wohnbebauung steht an usw. Wir werden im Rahmen der SoBoN auch weitere Plätze schaffen. Ganz konkret planen wir, der Anregung des BA zu folgen, nämlich ein Haus für Kinder in mobiler Bauweise einzuplanen, und zwar für zehn Gruppen - vier Krippengruppen und sechs Kindergartengruppen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Wir sind konkret dabei. Die Task-Force wird sich am Freitag mit dieser Frage beschäftigen. Dann werden wir versuchen, das mobil zu errichten. Die Sozialreferentin hat bereits angedeutet, dass wir die Bay-KiBiG-Förderung unter Umständen wegen der temporären Lösung nicht bekommen können. Man müsste es riskieren. Auf jeden Fall ist es uns wichtig, dass wir dort Kinderbetreuungsplätze anbieten können.

BMin Strobl:

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass die Referentin zugesagt hat, bezüglich der Kastelburgstraße noch einmal ein Informationsgespräch mit dem Bezirksausschuss zu führen. Ich werde die betreffenden Referate und den BA einladen, damit wir gemeinsam in den Blick nehmen können, was wie schnell und wo in der Zschokkestraße gebaut werden kann.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird übernommen. Bei diesem Schlüssel handelt es sich natürlich um das Thema Wohnungslose. Den Änderungsantrag von CSU und SPD übernimmt die Referentin nicht. Ich habe noch einen Änderungsantrag von Frau Kollegin Demirel vorliegen, dass die Planungen „Kastelburgstraße“ noch einmal mit dem Bezirksausschuss besprochen werden sollen. Diesen würde die Referentin auch übernehmen. Das wurde schon zugesagt.

Der gemeinsame Änderungsantrag von CSU und SPD wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, HUT, Piraten, Bürgerliche Mitte und DIE LINKE.

**beschlossen.**

Der Änderungsantrag von StR Straßer, die Flüchtlingsunterbringung in der Zschokkestraße auf eine 200-Personen-Belegung zu reduzieren, wird gegen die Stimmen von StR Straßer, Bürgerliche Mitte, BIA und StR Schmude **abgelehnt.**

Der Änderungsantrag von StR Sauerer: „*Der Gesamtstandort Kastelburgstraße 56 - 60 wird weiterhin auf eine Personenzahl von maximal 200 Personen begrenzt. Für die Unterbringung der mobilitätseingeschränkten alleinstehenden Männer ist ein Ersatzstandort im Bereich Freiham Süd zu errichten.*“, wird gegen die Stimmen von StR Sauerer, StRin Kainz, Bürgerliche Mitte, BIA und StR Schmude **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag von StR Schmude, den Standort Heinrich-Wieland-Straße aus der Liste der vorgeschlagenen Standorte zu streichen, wird gegen die Stimmen von StR Schmude und BIA **abgelehnt**.

- - -

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin unter Berücksichtigung des Änderungsantrags von Bündnis 90/Die Grünen/RL und des gemeinsamen Änderungsantrags von CSU und SPD gegen die Stimme der BIA **beschlossen**. Die Planungen bezüglich der Kastelburgstraße sind noch einmal mit dem Bezirksausschuss zu besprechen.

#### Erklärung zur Abstimmung:

##### StR Straßer:

Verehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Abstimmungsverhalten basiert ausschließlich auf den vorgetragenen Argumenten. Von jeglicher Nähe zur AfD und zur BIA grenze ich mich ausdrücklich ab. Deren Argumentation kann ich mir nicht zu eigen machen.

- OBM Reiter übernimmt den Vorsitz -
- Der Stadtrat kommt überein, nachfolgenden Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln. -

## **Erbbaurecht**

### **1. Stadtbezirk Altstadt-Lehel**

#### **Angemessene Sanierung in der Müllerstraße**

#### **Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 1357

#### OBM Reiter:

Wir befassen uns mit dem nicht auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehenden Punkt „Müllerstraße“. Für diesen Tagesordnungspunkt gibt es nur eine nichtöffentliche Vorlage. Ich meine, auch den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL können wir in öffentlicher Sitzung besprechen.

#### StRin Demirel:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Einer muss anfangen. Die Müllerstraße ist ein Thema, das uns seit zwei Jahren beschäftigt - gefühlt länger. Im letzten Jahr haben wir darüber diskutiert, was mit Haus Nr. 4 und Haus Nr. 2 passieren soll, vor allem, weil Herr Prof. Jocher ein ausgiebiges Gutachten erstellt hat. Es stellte sich die Frage, ob wir die Häuser mit wohnungslosen Familien belegen sollen oder es sinnvoller ist, das Haus Nr. 4 abzureißen und neue Sozialwohnungen zu bauen. Wir haben uns gemeinsam mit der SPD vehement dafür eingesetzt, Haus Nr. 4 abzureißen und neu zu bauen. In der Diskussion kam die Frage auf, ob wir in einem Haus Familien unterbringen können, obwohl so viel Sanierungsbedarf besteht und das Haus viele Schwächen aufweist, was die energetischen Standards und den Brandschutz angeht. Die Toiletten sind auf dem Gang! Oder ist es sinnvoller, neu zu bauen, mehr Wohnraum zu gewinnen und vom Freistaat die Förderung dafür zu erhalten? Es wäre eine Wiedervermietung für 6,50 € pro m<sup>2</sup> gewesen, also bei Weitem kein Gentrifizierungsaspekt bei dieser Bebauung.

Ich hole so weit aus, um die Genese deutlich zu machen. So haben wir beschlossen, Haus Nr. 2 abzureißen. Wenn man in zwei Häusern Familien mit Kindern unterbringen will, ist es natürlich nachvollziehbar, dass man dafür Freiflächen braucht. Wir haben uns dafür entschieden, Haus Nr. 2 abzureißen, um Freiflächen und Spielplatzmöglichkeiten für die Kinder zu gewinnen. Nachdem

man weiß, wie dicht die Bebauung in diesem Stadtteil ist, hat es keinen verwundert, dass die Freifläche auch ein Gewinn für die Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil sein wird. Wir haben uns also dazu entschlossen, aber immer gesagt: Soweit es geht mit Zwischennutzung durch junge Flüchtlinge.

Mehr als ein Jahr danach hat sich eine neue Diskussionsgrundlage ergeben: Es gibt ein Konzept „Bellevue di Monaco“ von Aktivistinnen und Aktivisten, die sich in der Stadtgesellschaft viel mit dem Thema Leerstand befassen und eingesetzt haben. Diese Gruppe, die sich aus verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Bevölkerung zusammensetzt - Künstler, Sozialarbeiter usw. - hat sich gebildet und gesagt: In Anbetracht der Situation, die wir in den letzten Monaten mit Flüchtlingen in dieser Stadt erlebt haben, haben wir uns das Konzept „Bellevue di Monaco“ ausgedacht.

An das Krisenmanagement, das die Stadt betreiben musste, kann sich jeder Einzelne von uns erinnern. Nachdem wir auch die Zahlen von der Sozialreferentin heute vorgestellt bekommen haben, dass nämlich im kommenden Jahr und in nachfolgenden Jahren die Zahlen nicht kleiner werden, haben sie sich ein Konzept ausgedacht. Sie haben die Frage aufgeworfen, wie man ein Projekt verwirklichen kann, das nicht nur die Willkommenskultur dieser Stadt, die von vielen Seiten immer für wichtig und notwendig erachtet worden ist, mit einem herausragenden Projekt mitten in dieser Stadt mit mehr Leben erfüllt. Sie haben sich das Konzept „Bellevue di Monaco“ ausgedacht.

Das Konzept beinhaltet verschiedene Säulen, was es für uns sehr reizvoll macht. Es hat nicht nur die Säule, dass es die Flüchtlinge pädagogisch und sozial betreuen soll, sondern den Flüchtlingen auf Augenhöhe begegnet wird, indem sie sich vorstellen, in diesen Häusern ein Hotel einzurichten, wo Flüchtlinge gemeinsam fest wohnen, aber auch Räume zur Vermietung zur Verfügung stehen, wo sie mit Künstlerinnen und Künstlern eine Bewirtschaftung im künstlerischen Bereich vorgenommen haben, sie aber auch etablierte Jugendhilfeträger haben, die in München seit vielen Jahren eine sehr ernst zu nehmende und souveräne Arbeit leisten. Das Projekt hat uns natürlich angesprochen, vor allem, weil wir uns in Anbetracht der neuen Situation bezüglich unseres Beschlusses vom letzten Jahr gesagt haben, dass sich die Rahmenbedingungen verändert haben und wir den Beschluss neu diskutieren müssen. Wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL, sind zu dem Ergebnis gekommen, dass dieses Konzept für die Stadt ein Gewinn ist und daher unbedingt unterstützt werden sollte.

Es ist ein Gewinn, weil es aus der Mitte der Gesellschaft und aus der zivilen Bevölkerung entstanden ist. Wenn wir die Strömungen, die im Moment versuchen, für sich über die Ängste von Men-

schen hinweg politisches Kapital zu schlagen, auch noch beobachten [...] Ich möchte betonen, dass ich angesichts des hohen bürgerschaftlichen Engagements, das gegenüber Flüchtlingen erbracht worden ist, aber auch angesichts des hohen Engagements von Zivilistinnen und Zivilisten, die auf die Straße gegangen sind und diesen Strömungen die Rote Karte gezeigt haben, sehr stolz auf diese Stadt bin. Ich möchte mich auch beim Herrn Oberbürgermeister bedanken, dass er als Vertreter dieser Stadt dem Protest ein Gesicht gegeben hat. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Aus diesem Grund hat dieses Projekt nicht nur eine künstlerische, sozialpädagogische Aufgabe übernommen, sondern auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Deshalb werden wir der Vorlage, der Modifizierung des Abrissbeschlusses zustimmen. In Bezug auf die Möglichkeiten Direktvergabe, Ausschreibung aufgrund von EU-Kriterien oder Konzeptausschreibung aufgrund vieler anderer in diesem Bereich tätiger Träger sind wir folgender Ansicht: Das Kommunalreferat hat für diese Vorlage viel Lob verdient. Es hat die Vorlage jedoch zu übervorsichtig bearbeitet, obwohl völlig klar ist, dass es sich um ein gemeinnütziges Unternehmen handelt. Da in diesem Konzept die Verzahnung von verschiedenen Bereichen vorgenommen wurde, müssen wir auch als Stadtrat in der Lage sein, zu sagen: Das ist eure Idee, das ist euer Engagement. Ein Gleichheitsdenken zu übernehmen und zu sagen, das könnten auch andere machen, würde aus meiner Sicht jede Art von Innovation, die aus der gesellschaftlichen Mitte an uns herangetragen wird, unterdrücken.

Daher bitten wir den Stadtrat, das Konzept, so wie es existiert, zu beschließen. Der Oberbürgermeister hat es am Runden Tisch auch sehr begrüßt und seine Unterstützung ausgesprochen. Wir sollten jetzt diesen Schritt wagen, weil es um die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geht. Das heißt, es ist eine kommunale Aufgabe und keine Aufgabe des Freistaats. Es geht um das SGB VIII, das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Es gibt ein kommunales Interesse und es gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Eine Direktvergabe muss unserer Ansicht nach möglich sein. Lasst uns das heute beschließen! Danke! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Dass die Kollegin Demirel länger brauchte, um die Kurven der Grünen bei diesem Projekt darzustellen, ist verständlich. Es ist eine neue Haltung. Es liegt noch nicht einmal ein Jahr zurück, als Ihr diese falsche Entscheidungen getroffen habt und Euch für eine luxuriöse - (Unruhe) - Sanierung und einen Abriss der Häuser 4 und 6 entschieden habt. Das war ein Fehler - (Zwischenrufe) -, und das war auch damals schon erkennbar ein Fehler. Jetzt habt Ihr es eingesehen. Darüber freue ich mich außerordentlich.

Nun sind wir ein Stück weiter. Wir können mit diesem uns vorliegenden Konzept das Betreiben dieser Immobilie sehr sinnvoll vornehmen. Wir haben dies in einem Antrag als Fraktion aus FDP, HUT und Piraten bereits im Sommer aufgegriffen, als es publik wurde. Wir finden dieses Konzept sehr vernünftig und sehr gut. Trotzdem meine ich, bei der Vorlage noch zwei Aspekte einbringen zu müssen. Ich glaube, es ist gewagt, wenn wir uns ausschließlich auf den Weg des Erbbaurechts begeben. Erstens haben wir erhebliche Transaktionskosten, Grunderwerbsteuer und Notarkosten. Zweitens haben wir eine Sozialgenossenschaft, die meines Wissens noch nicht gefunden und noch nicht eingetragen ist. Wir wissen, dass die Eintragung von Genossenschaften zum Teil zwei Jahre dauert. Diesbezüglich müssen wir schon wissen, was wir tun. Deshalb ist es aus meiner Sicht falsch, sich jetzt schon auf ein Erbbaurecht festzulegen. Wir sollten es offen lassen, ob Erbbaurecht, Vermietung, Verpachtung oder anderweitige Nutzungsüberlassung. Das muss in diesem Prozess sehr kurzfristig weiter geprüft werden. Ich glaube, ich begehe keinen Bruch der Vertraulichkeit, wenn ich darauf hinweise, dass die Herrichtung letztlich mit hohen Mitteln der öffentlichen Hand erfolgen soll. Natürlich gibt es beim Erbbaurecht auch Regelungen zum Heimfall, aber es sieht natürlich auch eine sehr langfristige Bindung vor. Wir wissen jedoch nicht, ob dieses Konzept über 20 oder 30 Jahre so funktionieren wird.

Deshalb ist es aus meiner Sicht flexibler, wenn wir den Weg der Vermietung wählen. Mir ist natürlich klar, was hinter der Idee des Erbbaurechts steckt. Es bestünde die Möglichkeit, über Grundschulden eine abgesicherte Finanzierung zu suchen. Dabei muss man sich aber auch im Klaren sein, dass auf dem ersten Rang immer der Erbbauzins steht. Wenn der Erbbauzins nicht gesichert ist, ist für eine Bank an zweiter Rangstelle eine Grundschuld relativ wenig wert. Ich wage zu bezweifeln, ob der Weg des Erbbaurechts hier wirklich eine Hilfestellung darstellt. Deshalb bitte ich, den Antrag unter Ziffer 3 zu öffnen, indem man sagt: Das Kommunalreferat wird beauftragt, die Vergabe der Immobilien Müllerstraße 2, 4 und 6 im Erbbaurecht oder im Wege der Vermietung/Verpachtung oder einer anderweitigen Nutzungsüberlassung an einen Betreiber weiter zu verfolgen. Ich bin durchaus der Meinung, dass wir die Direktvergabe prüfen sollten. Aber ob wir das angesichts der rechtlichen Bedenken heute so beschließen können, wage ich zu bezweifeln. Im Änderungsantrag der Grünen würde ich eher statt „vorzunehmen“ „zu prüfen“ formulieren. Wir können nicht etwas beschließen, was rechtlich nicht hält. Wir können vorrangig prüfen, dass wir eine Konzeptausschreibung wollen [...] - (Zwischenruf) - Die Prüfung ist im Referentenantrag enthalten, aber der Änderungsantrag der Grünen sagt: Egal, was Ihr prüft, wir machen es. Das halte ich für problematisch. Aus unserer Sicht ist es auch gewünscht, dass wir es an die Initiatoren vergeben. Das heißt, eine Konzeptausschreibung wäre möglicherweise die Alternative, wenn eine Di-

rektvergabe nicht ginge. Aber sich heute über die rechtlich offenen Fragen hinwegzusetzen, halte ich für problematisch. Wenn jemand dagegen klagt, könnte ein Stillstand an diesem Objekt eintreten, den wir erst recht nicht wollen. Vielen Dank!

StRin Zurek:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Kollegin Gülseren Demirel dankbar, dass sie die Genese noch einmal aufgezeigt hat. Ich glaube nicht, dass es damals eine falsche Entscheidung war. Es war die richtige Entscheidung zum damaligen Zeitpunkt. Ich greife den Einwand der Bürgermeisterin auf: Normalerweise werden wir von der FDP dafür gescholten, wenn man in der Innenstadt wertvolle Immobilien aufmörtelt. Deswegen ist es schon eine leicht skurrile Diskussion. Ich glaube auch nicht, dass man hier mit Schaum vor dem Munde diskutieren muss, sondern manchmal entwickeln sich die Projekte. Manchmal ist es so, dass man, nachdem man eine Entscheidung getroffen hat, ein Projekt vorgestellt bekommt, das einen überzeugt. Deswegen werden wir der Vorlage auch zustimmen. Dieses Projekt ist sinnvoll und notwendig, insbesondere in Zeiten, in denen einige meinen, gegen Flüchtlinge hetzen zu müssen. Dieses Projekt wird mitten in der Innenstadt darauf hinweisen, dass bei uns die Flüchtlinge in einer Heimat ankommen und bei uns die Unterstützung erfahren sollen, die sie brauchen, um bei uns in der Bundesrepublik Deutschland anzukommen. Sie sollen dort genügend Platz haben, um sich sozusagen weiterentwickeln zu können. Deswegen werden wir diesem Konzept zustimmen. Es ist ein charmantes Konzept. Es ist nicht immer ein leichter Abwägungsprozess, denn hier steht eine Idee gegen 23 Sozialwohnungen. Man muss natürlich auch überlegen, was man wie gewichtet. Uns hat dieses Konzept so überzeugt, dass wir durchaus bereit sind, den Bau von 23 Sozialwohnungen für mindestens 46 Personen hinten anzustellen.

Wir werden jedoch nicht dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen, weil die Vorlage klargestellt hat, dass rechtliche Überprüfungsnotwendigkeiten vorhanden sind. Ich bin nicht hasenfüßig, aber ich möchte keinen Beschluss fassen, mit dem ich das Referat vielleicht dazu bringe, rechtswidrig zu handeln. Im Zweifel dürfte der Oberbürgermeister diesen Beschluss wahrscheinlich gar nicht vollziehen. Es geht auch nichts verloren. Wir sind auf dem richtigen Weg. Das Kommunalreferat wird überprüfen, wird die Genehmigungen einholen, und wenn es tatsächlich doch nicht gehen sollte, findet eine Ausschreibung statt. Dann werden wir sehen, was bei dieser Ausschreibung herauskommt. Auf jeden Fall sind wir - wie man sieht - kein beratungsresistentes Gremium, sondern wir sind vernünftige Menschen, die sich von guten Ideen überzeugen lassen und diese an die Stelle von anderen setzen. Danke! - (Beifall der SPD)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben letztes Jahr für die Lösung gestimmt, die das Kommunalreferat seit einem Jahr verfolgt hat, nämlich die Sanierung der Müllerstraße 6 und Abriss und Neubau der Nummern 2 und 4. Soviel Zeit muss sein, dass man den Kollegen Dr. Mattar berichtet.

Der Charme des Projektes - wie die Kollegin Zurek gesagt hat - hat schon auch uns erreicht, aber ich möchte auch noch ein paar kritische Punkte anmerken: Für mich liest sich das Konzept wie eine eierlegende Wollmilchsau. Wenn ich es überschlägig betrachte, würde ich sagen, braucht man dreimal soviel Platz, wie an diesen Müllerstraßen-Objekten vorhanden ist. - (Zwischenrufe) - Natürlich hat das so ein Konzept immer an sich. Ich bin der Ansicht, dass der Beschluss vom letzten Jahr, es nicht bei dieser Minimalsanierung zu belassen, richtig war. Ganz davon abgesehen, dass im letzten Jahr auch viel Arbeit, Zeit und Geld in die weitere Planung geflossen sind, die wir sozusagen vorläufig in den Orkus kippen. Auch diese Umstände gefallen mir in diesem Sinne nicht.

Die Direktvergabe sehe ich allerdings problematisch. Deswegen bin ich nicht dafür, den Änderungsantrag der Grünen zu beschließen. Eigentlich sollte der nächste Schritt sein, dass man dieses Konzept an der Bausubstanz, dem Brandschutz und den Möglichkeiten spiegelt und anschließend erarbeitet, was von diesen guten Ideen an diesem Standort möglich ist. In diesem Zusammenhang sollte auch die Frage von Herrn Dr. Mattar geklärt werden, ob das Erbbaurecht an dieser Stelle richtig ist. Das vorliegende Konzept ist zwar ein schöner Plan, aber ich brauche Ihnen nicht sagen, dass so etwas oft auch an der Realität zerschellt - (Zwischenruf) - Ich glaube nicht, dass es komplett zerschellt, aber es muss mit Sicherheit Anpassungen erfahren. Man muss auch die Frage der Zuschüsse für den Betrieb klären. Kollege Dr. Mattar hat es schon angesprochen, nach dem jetzigen Konzept wird es sich nicht tragen. - (Zwischenruf) - Man muss sehen: Was geht? Was lässt der Brandschutz zu? Wäre es nicht doch sinnvoller, etwas Dauerhaftes zu schaffen?

Nach meiner Einschätzung sind wir mit dieser Minimalsanierung nach spätestens zehn Jahren wieder am überlegen, wie es mit dem Haus aus baulicher Sicht weitergeht. Ich denke, es ist noch viel zu klären. Dieser Beschluss wird den Abrissbeschluss vom letzten Mal aufheben und ist Voraussetzung dafür, dass es weiterverfolgt werden soll. Das ist richtig, aber wir werden bestimmt noch die ein oder andere Anpassung erfahren und hier im Stadtrat behandeln müssen. Deswegen werde ich auch diesem Änderungsantrag der Grünen nicht zustimmen. Dankeschön!

StR Schmude:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon oft gesagt, sind wir für das Asylrecht und für die Einwanderung. - (Zwischenrufe von StR Offman) - Herr Offman, Sie hören mir jetzt bitte auch zu, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Noch einmal von vorne: Wir sind für die Einwanderung und für das Asylrecht. - (Unruhe) - Hören Sie bitte auf, lassen Sie mich doch reden! - (Zwischenrufe, Unruhe) - Also noch einmal von vorne: Die Alternative für Deutschland ist für die Einwanderung, und sie ist für das Asylrecht. Sie ist für eine ordnungsgemäße und korrekte Unterbringung von Asylbewerbern während des Asylverfahrens. Wer darüber hinaus gehen möchte, kann das gerne tun. Es ist sicherlich schön, die eigenen Taschen zu öffnen, sozial zu sein und Asylbewerbern ein besseres Wohnen als in den Standardunterkünften zu ermöglichen - auf besseren Grundstücken mitten in der Innenstadt. Sich diese Heiligkeit jedoch auf Kosten des Steuerzahlers zu erwerben, das ist nicht in Ordnung. Das ist genau der Punkt, der an dem Projekt „Bellevue di Monaco“ zu bemängeln ist. Es handelt sich hier nicht um eine korrekte Unterbringung, sondern über ein Deutliches darüber hinaus gehen. Und warum? Aus keinem sichtbaren Grund, sondern nur um sich selbst heiliger zu fühlen. Diese Goldgrund-Aktivisten können sich dann auf die Schulter klopfen, aber bezahlen tut es der Steuerzahler. Da sind wir dagegen. Ich werde gegen diese Vorlage stimmen und auch künftig gegen das Projekt in der heute vom linken Mainstream angedachten Form sein. Das heißt aber nicht, dass wir insgesamt gegen Einwanderung und dergleichen wären. Das habe ich hoffentlich schon oft genug deutlich gemacht. - (Zwischenruf) - Dankeschön! - (Unruhe)

StR Podiuk:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Demirel, ich bin dankbar, dass Sie die Vorgeschichte noch einmal weit ausgeführt haben. Jeder in diesem Rathaus kennt sie. Sie haben vielleicht - ich will Sie da nicht korrigieren - eine Geschichte vergessen. Damals haben die Grünen noch gesagt, die sog. Pinselsanierung, die wir vorgeschlagen haben, ist den Flüchtlingen nicht zuzumuten - (Zwischenruf von StRin Demirel) - Das war Ihre Position! Das will ich auch nicht kritisieren, man kann Positionen wieder ändern. Wir können Klartext reden: Zwischenzeitlich hat ein Wahlkampf stattgefunden, und es haben sich Positionen verändert. Das ist alles nicht falsch. Man muss auch auf Wahlkämpfe reagieren.

Für die Sache selbst muss ich das Kommunalreferat - was ich selten tue - loben. Das Konzept ist gut. Sie haben den Sachverhalt umfassend dargestellt, wobei Sie uns auch darauf hinweisen, wo es Probleme geben könnte. Deshalb ist das heute auch kein endgültiger Beschluss, sondern der

Auftrag, die Angelegenheit fortzuführen. Frau Demirel, manchmal ist es bei Bekehrten so, dass sie gleich wieder über das Ziel hinausschießen. - (Heiterkeit) - Es steht im Antrag des Referenten - (Zwischenruf von StRin Demirel) -, dass versucht werden soll, die Möglichkeit der Direktvergabe mit der Regierung von Oberbayern zu prüfen. Also das ist der Wunsch. Ob es möglich ist, hängt davon ab, ob grundsätzlich Alleinstellungsmerkmale vorhanden sind. Das kann man so oder anders sehen, aber das muss die Aufsichtsbehörde entscheiden. Ich selbst bin diesbezüglich noch mit Zweifeln behaftet, weil für die Aufsichtsbehörde sind bei allen diesen Prüfungen auch Fälle darunter, bei denen man Vergleichsmaßstäbe zu anderen Projekten sieht. Die sagen: Wir sind auch ein Einzelfall, also ein Sonderprojekt. Deshalb lassen wir das mit der Regierung von Oberbayern diskutieren, dann werden wir hören, was zu tun ist.

Ich sage ganz offen: Es kommt noch einmal eine Vorlage in den Stadtrat. Wenn man schon weiß, dass es rechtlich ungesichert ist, verschlechtert man erfahrungsgemäß seine Verhandlungsposition, wenn man aus Trotz etwas beschließt, weil das kennt die Aufsichtsbehörde auch. Lassen Sie doch diese Vorlage nun so durchgehen! Das Projekt wird nicht unverändert so umgesetzt, weil man über Vieles noch diskutieren muss. Lassen wir die Untersuchungen laufen, und im Anschluss werden wir hier im Stadtrat die weiteren Schritte überlegen! - (Beifall der CSU)

OBM Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich nahezu alle Fraktionen zu der Urheberschaft, zur Unterstützung, zu dem Erfindertum dieses Projekts bekannt haben, schließe ich mich ausdrücklich aus. Ich bin es nicht gewesen. Ich war eigentlich von der ursprünglichen Verwaltungsvorlage überzeugt. Mich haben aber anschließend sowohl das Projekt als auch die äußeren Umstände zu einem Umdenken bewogen. Deswegen will ich nicht als derjenige auftreten, der Erfinder dieses Projekts „Bellevue di Monaco“ ist, sondern ich will einfach sagen: Ich freue mich, dass es nun eine so breite Zustimmung zu diesem Projekt gibt. Meine Damen und Herren, ich freue mich wirklich, dass es jetzt offenbar einen breiten Konsens gibt, einen solchen Grundsatzbeschluss zu fassen. Es soll im Grunde nach heute beschlossen werden, dass das Kommunalreferat mit allen anderen Beteiligten beauftragt wird, sich diesem Thema weiter zu widmen und zusammen mit den Projektierern letztlich dieses Projekt voranzutreiben. Herr Dr. Mattar, auf welche Art und Weise wir es umsetzen, wird noch in einer weiteren Vorlage dargestellt. Sie werden heute nicht zum letzten Mal mit diesem Thema befasst sein. - (Zwischenruf von StR Dr. Mattar) - Auch das nicht, wenn etwas anderes erfolgreich sein muss.

Es geht heute darum, dass wir das Kommunalreferat beauftragen, dieses Projekt voranzutreiben. Sie werden bei einer weiteren Vorlage mit Sicherheit Gelegenheit haben, sich auch zu den Einzelheiten noch einmal dezidiert zu äußern. Erst einmal bin ich froh, denn ich will dieses Projekt. Es ist das richtige Projekt zur richtigen Zeit. Ich will es dauerhaft und rechtssicher. Liebe Gülsere Demirel, deswegen kann ich Eurem Änderungsantrag so nicht zustimmen, weil ich kann doch den Stadtrat nichts beschließen lassen, zu dem ich schon fundierte Rechtsmeinungen habe, dass es wahrscheinlich rechtlich angreifbar ist. Ich will dieses Projekt dauerhaft und deswegen auf bestandssichere und rechtssichere Füße stellen. Deshalb ist die Formulierung, die der Referent gewählt hat, nämlich eine Direktvergabe zu prüfen, sinnvoll. Ich habe auch den Wortbeiträgen entnommen: Wir wollen alle eine Direktvergabe. Es muss jedoch - weil das Wollen nicht ausreichend ist - auch rechtlich möglich sein, damit wir dauerhaft dieses Projekt ins Leben rufen können. Ich denke, dass der Auftrag, so wie er jetzt an das Kommunalreferat formuliert ist, ausreichend ist. Wir werden uns alle noch mit weiteren Einzelheiten befassen. Ich freue mich, dass wir heute den Startschuss zu diesem Projekt geben können, weil es das richtige Projekt zur richtigen Zeit ist. Herzlichen Dank! - (Beifall der SPD)

Bfm. StR Markwardt:

Ich kann mich kurz halten, weil Sie bereits alle Argumente ausgetauscht haben. Frau Demirel, wenn wir zu vorsichtig wären, hätten wir Ihnen sofort vorgeschlagen, direkt zu vergeben. Wir wollen es mutig vorantreiben und die Zeit für die Ausschreibung, wenn es möglich ist, ersparen. Das geht aber nur - es ist von allen anderen Rednerinnen und Rednern richtig gesagt worden - in einem rechtsstaatlichen Verfahren. Das wollen wir mit der Regierung von Oberbayern abstimmen. Wir haben für diesen Freitag bereits einen Termin bei der Rechtsaufsichtsbehörde und wissen dann hoffentlich, ob die Direktvergabe möglich ist.

Herr Dr. Mattar, wegen des Erbbaurechts: Für ein derart individuell geschneidertes Projekt ist an sich schon das Erbbaurecht das Mittel der Wahl, weil die Projektanten sich im Rahmen des Erbbaurechtes alles erlauben können, was sie für richtig halten. Bei einem Mietvertrag ist jede kaputte Glühbirne eine kaputte Glühbirne des Vermieters. - (StR Dr. Mattar: Gewerblicher Mietvertrag!) - Deswegen ist das problematisch. Der Oberbürgermeister hat völlig recht. Wir müssen Ihnen ohnehin noch einmal die Eckdaten der zukünftigen vertraglichen Beziehungen im Kommunalausschuss und vermutlich auch im Plenum vorlegen. In dieser Vorlage werden wir Ihnen gerne noch die Vor- und Nachteile darstellen, so dass Sie bei Ihrer Entscheidung freie Hand haben.

OBM Reiter:

Ich frage die Grünen ganz offen, ob es bei diesem Änderungsantrag bleibt. - (StRin Demirel: Ja!) - Es handelt sich eigentlich um eine nichtöffentliche Beschlussvorlage, aber eigentlich ist es Kokolores - (Zwischenrufe, Unruhe) -, um es deutlich zu sagen. Wir haben es jetzt öffentlich behandelt. Ich traue mich, die Abstimmung in öffentlicher Sitzung durchzuführen. Der Beschluss wird hoffentlich deswegen nicht gerügt.

Der beiliegende Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von AfD und BIA **beschlossen**.

OBM Reiter:

Wir sind am Ende der Sitzung. Herzlichen Dank!

- Ende der Sitzung um 12:13 Uhr -

München, 28. Januar 2015

R e i t e r  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München

Protokoll